

Internationales Institut für Liberale Politik Wien

# SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

## Konflikt am Kaukasus

Nachlese zum „Fünf-Tage-Krieg“ in Georgien im Sommer 2008

### Inhalt

Board internationaler Konsulenten

#### Einbegleitung

Impressum i

Die Autoren dieses Heftes 2

Uwe Halbach

#### Die Georgienkrise 2008

Internationale, nationale und regionale Dimensionen 3

Peter W. Schulze

Geopolitischer Machtpoker im Kaukasus 13

Andrei Zagorski

Die russische Politik nach dem Georgien-Krieg  
von 2008 20

Eugene Kogan

Can the Georgian Conflict be solved? 27

---

Bisher erschienen 32



Internationales Institut  
für Liberale Politik Wien

## Die Autoren dieses Heftes

**Dr. Uwe HALBACH**, geb. 1949; Studium osteuropäische Geschichte, Slavistik und allgemeine Geschichte in Köln. 1986 bis 2000: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien. Forschungsfelder: Sowjetische Nationalitätenpolitik; Staats- und Nationsbildungsprozesse in der nachsowjetischen Entwicklung; Kaukasus und Zentralasien.

Seit 2001: Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, Forschungsgruppe Russland/GUS. Forschungsfelder: Staatsbildung in Zentralasien und Kaukasien; Islam im GUS-Raum; ungelöste Sezessionskonflikte im GUS-Raum.

Neueste Veröffentlichungen: Antiterrorismus und Jihad im postsowjetischen Raum, SWP-Studie S 22 – August 2007; Das Erbe der Sowjetunion. Kontinuitäten und Brüche in Zentralasien, in: Manfred Sapper, Volker Weichsel, Andrea Huterer (Hrsg.): Machtmosaik Zentralasien, Osteuropa, 8-9/2007, S.77-98; Eingefrorene Konflikte im Südkaukasus. Probleme und Grenzen der Europäisierung, in: Osteuropa. 11/2007, S.83-94; Zentralasien im Kampf gegen militanten Islamismus, SWP-Aktuell, A20, März 2008

**Dr. Eugene KOGAN** studierte an der Universität Tel Aviv Geschichte und promovierte an der Universität Warwick, Großbritannien. Seine Dissertation beschäftigte sich mit der Auslagerung der sowjetischen Rüstungsindustrie aus der Kriegszone im Lauf der Jahre 1941-1942.

Dr. KOGAN ist ein bekannter Experte im Bereich der Rüstungsindustrien. Er war Gastforscher an renommierten Forschungsinstituten wie z. B.: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Schwedische Forschungsagentur für Verteidigung, Schwedische Nationale Verteidigungsakademie.

Zur Zeit wohnt Dr. KOGAN in Wien und arbeitet als Gastwissenschaftler am Internationalen Institut für Liberale Politik. Er ist israelischer Staatsbürger und leistete 1975-1978 seinen Militärdienst in den israelischen Streitkräften (IDF).

**Dr. Peter W. Schulze**, Professor; geb. 1942; Abitur 1963; Wehrdienst von 1963 bis 1965; Studium der Politischen Wissenschaft und Geschichte an der FU Berlin/FUB, London School of Economics and Political Science/LSE, London/UK und der Stanford University, CAL/USA von 1965 bis 1969; Diplom in Politische Wissenschaften 1970 an der FUB; Promotion (1974) und Habilitation (1984) an der FU Berlin; Lehrtätigkeit an der FU Berlin, an amerikanischen Colleges in Berlin und der UC Berkeley von 1970 bis 1987; langjährige Tätigkeiten als Leiter von Außenbüros des Forschungsinstitutes der Friedrich Ebert Stiftung in Berkeley, London und Moskau; derzeit Dozent für Vergleichende Lehre und Internationale Politik am Seminar für Politikwissenschaft der Georg August Universität Göttingen.

Zahlreiche Publikationen zur Außen- und Innenpolitik der Sowjetunion, zum Kalten Krieg, zur Transformation von Gesellschaften und zur Entwicklung des postsowjetischen Neuen Russlands.

**Dr. Andrei W. Zagorski**, Professor; geb. 1959 in Moskau, Leitender Wissenschaftler am Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen (MGIMO-Universität) e-mail: zagorski@iair.ru 1992–2000 Vize-Rektor der MGIMO-Universität, zuständig für Forschung und externe Beziehungen, 2000–2001 Senior Vice-President; Project Director, EastWest Institute (Prager Büro), 2002 Faculty Member, Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik, 2002–2003 stv. Direktor des Instituts für angewandte internationale Studien, Moskau, 2004–2005 stv. Leiter der Außenstelle Moskau der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Seit 2005 leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter und Professor, MGIMO-Universität. Andere (zeitweilige) Funktionen: Experte sowjetischer Delegationen bei einer Reihe der KSZE-Treffen, Vorsitzender der Vereinigung für Nonproliferation, Moskau, Mitglied der unabhängigen Gruppe über das Modell der europäischen Sicherheit unter der Schirmherrschaft von SIPRI, Mitglied der Internationalen Task Force über die Zukunft der OSZE unter der Schirmherrschaft des Zentrums für OSZE-Forschung, IFSH, Hamburg, Mitglied des IISS, Mitglied des internationalen Beirats des Genfer Zentrums für demokratische Kontrolle der Streitkräfte, Vize-Präsident, Russische Vereinigung für euro-atlantische Kooperation, Mitglied des Kuratoriums, PIR-Zentrum (Politische Studien in Russland), Moskau, Mitglied der Editorial Boards: OSZE Jahrbuch (Hamburg), Helsinki Monitor (the Hague), "Perspectives" (Prague), Bulletin der europäischen Sicherheit (Moskau).

Über 200 Publikationen über die Außenpolitik Russlands, europäische Sicherheit, postsowjetische Entwicklungen, Rüstungskontrolle.

## Die Georgienkrise 2008: Internationale, nationale und regionale Dimensionen

Wie kein anderes kaukasisches Ereignis in nachsowjetischer Zeit, jagte der „*Fünftage-Krieg*“ im August 2008 Schockwellen durch die internationale Politik. Dabei wurden „*Georgien-Krise*“ und „*Kaukasus-Konflikt*“ zu Synonymen. Nur mit Verzögerung öffnete sich der Blick über den Brennpunkt Georgien hinaus für das regionale Umfeld und richtete sich auf die Nachbarstaaten Armenien und Aserbaidschan und den dritten ungelösten Regionalkonflikt im Südkaukasus, den um Berg-Karabach, in den die Georgienkrise neue Bewegung brachte. Zunächst bezogen sich die Kommentare zu diesem Krieg vorwiegend auf seine weltpolitischen Auswirkungen. Der *Georgienkrieg* hat hier insofern eine Wende markiert, als ein konventioneller Machtkonflikt auf eine weltpolitische Arena zurückgekehrt ist, die zuletzt auf globalisierte nichttraditionelle Sicherheitsrisiken wie den internationalen Terrorismus fixiert war. Ein Globalisierungsthema, die weltweite Finanzkrise, drängte den Kaukasus seit Oktober dann auch wieder aus den Schlagzeilen heraus. Viele Äußerungen, die in Russland zum Vorgehen gegen Georgien zu vernehmen waren, erinnerten an klassische Geopolitik und russische Kaukasusperzeptionen des 19. Jahrhunderts. Da reklamierte ein Russland sich als Vor- und Schutzmacht in Teilen des Südkaukasus, das seinen eigenen Landesteilen im Nordkaukasus kaum Stabilität verbürgen kann. Entwicklungen in *Ingschetien*, der kleinsten kaukasischen Teilrepublik der Russischen Föderation, riefen die Stabilitätsdefizite im „*Russländischen Kaukasus*“ während

der Georgienkrise noch einmal in Erinnerung. Auch wenn die weltpolitischen Wellenschläge des neuerlichen „*Kaukasus-Kriegs*“ inzwischen wieder etwas abebben, werden Georgien und seine ungelösten Sezessionskonflikte auch weiterhin als ein internationaler Krisenherd betrachtet und figurieren auf der Agenda von Gipfeltreffen von OSZE, EU, NATO und Vereinten Nationen. Grundlegend ist hierbei der völkerrechtliche Gegensatz zwischen Russland, das die Teilung Georgiens und die Eigenstaatlichkeit seiner abtrünnigen Landesteile Abchasien und Südossetien anerkennt, und westlichen Staaten (wie auch der übrigen internationalen Gemeinschaft), die weiterhin von der Zugehörigkeit dieser Territorien zum international anerkannten Staatsgebiet Georgiens ausgehen und die territoriale Integrität des Landes nun noch verstärkt beschwören. Dieser Gegensatz belastete die Genfer Gespräche über die Situation in Georgien unter dem Schirm der EU, der VN und der OSZE ebenso wie die Verhandlungen über die Erneuerung eines Südossetien einschließenden Georgien-Mandats der OSZE. Er belastet nicht zuletzt die von Präsident SARKOZY ausgehandelte europäische Mission zur Friedenssicherung in Georgien, die EU-Beobachtungsmission vor Ort (EUMM). Deren Mandat bezieht sich auf das gesamte international anerkannte Staatsterritorium Georgiens. Der Zugang zu den beiden Konfliktzonen Abchasien und Südossetien wird ihr aber durch Russland und seine Protegés in den beiden De-facto-Staaten verwehrt.

---

### Die internationale Ebene: Russland, der Westen und der postsowjetische Raum

---

Selbst die beiden Kriege in Tschetschenien, das schlimmste Gewaltereignis im GUS-Raum mit der bei weitem höchsten Zahl ziviler Todesopfer, haben kaum soviel Aufsehen erregt wie dieser kurze Krieg mit einer Todesquote, die eher im dreistelligen Bereich lag. Das liegt daran, dass hier Russland erstmals in nachsowjetischer Zeit mit einem souveränen Nachbarstaat in militärischen Konflikt geriet – und zwar mit dem „nahen Ausland“, das sich in seiner Außen- und Sicherheitspolitik am weitesten nach Westen ausgerichtet und am stärksten um Austritt aus russischen Einflusszonen bemüht hatte. Diese zwischenstaatliche Dimension rief geopolitische

Schlagworte wie Stellvertreterkrieg, neuer Kalter Krieg, Krieg um Öl, Wende in der Weltpolitik hervor. Da wurden Vergleiche mit dem 11. September 2001, mit der Kubakrise und anderen historischen Zäsuren in den internationalen Beziehungen gezogen. Die meisten dieser Vergleiche waren weit überzogen. Einige Schlagworte – wie etwa Stellvertreterkrieg in Anspielung an russisch-amerikanische Einflusskonkurrenz im Südkaukasus – haben zwar Wahrheitsgehalt, sind aber gleichwohl simplizistisch und gehören auf den Prüfstand. Das Schlagwort vom neuen Kalten Krieg setzte sich über das Ausmaß systemhafter militärischer und ideologischer

Konfrontation zwischen westlichen und östlichen Blöcken hinweg, für das dieser Begriff gestanden hat. Die durch den Georgienkrieg tatsächlich gestörte Beziehung zwischen Russland und dem Westen war damit kaum vergleichbar.

Die sich spätestens seit April 2008 verschärfende Eskalation im Umfeld der beiden ungelösten Sezessionskonflikte Georgiens stand im Zusammenhang mit zwei Ereignissen überregionaler Bedeutung: mit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung Kosovos und ihrer diplomatischen Anerkennung durch inzwischen nahezu 50 Staaten und mit der Auseinandersetzung um die Erteilung eines Aktionsplans für den NATO-Beitritt an Georgien und die Ukraine. Aus Russland wurde wiederholt angedroht, Georgien verliere durch seinen NATO-Beitritt seine abtrünnigen Landesteile endgültig. Russland begründete seinen verstärkten Schulterchluss mit den Sezessionsregierungen in Abchasien und Südossetien mit dem „Präzedenzfall Kosovo“. Das warf eine Debatte darüber auf, ob der Kosovo-Fall auf andere Sezessionskonflikte übertragbar ist. Dabei wurde auch in westlichen Stellungnahmen häufig übersehen, dass sich die Grundmuster der Politik Russlands gegenüber Sezessionskonflikten in seinem „nahen Ausland“ – gegenüber Konfliktzonen von Transnistrien bis Südossetien – lange vor der neuerlichen Kosovofrage abgezeichnet hatten. Der russische Bezug auf Kosovo zur Legitimierung seiner eigenen Konfliktpolitik gegenüber Georgien war insofern fadenscheinig. Allerdings lautete vor dem August 2008 die überwiegende Prognose russischer, westlicher und georgischer Analysten: Der Kreml wird sich in seiner Reaktion auf den „Präzedenzfall Kosovo“ auf Diplomatie beschränken, sich gegenüber einer Integration Kosovos in internationale Strukturen querstellen, die Präzedenzfall-Rhetorik pflegen, seinen Schulterchluss mit den Sezessionsregierungen in Abchasien und Südossetien verstärken, aber nicht unter Berufung auf den Präzedenzfall die beiden *De-facto*-Staaten völkerrechtlich anerkennen. Schließlich hatte PUTIN noch in seiner Amtszeit als Präsident deutlich darauf hingewiesen, dass Russland den Fehler westlicher Staaten hinsichtlich der Legalisierung von Sezession und der Schaffung eines „Präzedenzfalls“ nicht wiederholen werde.

Nach der Wende, die der *Fünftage-Krieg* und die dann doch erfolgte diplomatische Anerkennung Abchasien und Südossetien durch Russland einleitete, nannte Fjodor LUKJANOW, ein prominenter Kommentator russischer Außenpolitik, folgende Konsequenzen der

Georgienkrise: Die Unterschiede in der Wahrnehmung zwischen Russland und dem Westen seien in dieser Krise größer als bei allen früheren Differenzen. Der Krieg in Georgien habe einen Wandel in der russischen Außenpolitik, insbesondere in seiner Politik gegenüber dem „nahen Ausland“, zumindest aber eine Verschiebung außenpolitischer Akzente eingeleitet: Es gehe Russland nicht mehr vordringlich um Integration in das politische und wirtschaftliche globale System, die Präsident MEDWEDJEW zuvor eindringlich betont hatte. Stattdessen gehe es um die Festigung des eigenen „privilegierten Einflussbereichs“, der vornehmlich im postsowjetischen Raum liegt. Tatsächlich setzte ein Fünfpunkteprogramm, das Präsident MEDWEDJEW nach dem Georgienkrieg formulierte, in diese Richtung weisende Akzente. Dazu gehörten Hinweise auf ein Recht auf Intervention zur Verteidigung russischer Staatsbürger im Ausland. Diese Doktrin ist zwar nicht neu, sie wurde bereits in früheren russischen Sicherheitsdoktrinen formuliert und lehnte sich nach 2001 eng an amerikanische Ansprüche auf Interventionsrechte im Ausland an. Sie schreckt nach der militärischen Intervention in Georgien und der vorausgegangenen Politik der Erteilung russischer Pässe an 80 bis 90 Prozent der Bewohner Abchasien und Südossetien nun aber Russlands Nachbarn auf. Dem stehen andere Akzente in dem genannten Programm gegenüber: die Berufung auf das Völkerrecht, der ausdrückliche Verzicht auf konfrontative Politik, die nachdrückliche Betonung einer „multipolaren Weltordnung“. Die „multipolaren internationalen Beziehungen“, durch die Russland seine Position in der Welt wieder gefestigt hat, tauchen in allen außenpolitischen Aussagen und im Entwurf für eine neue russländische Sicherheitsstrategie bis 2020 auf, die derzeit vom Sicherheitsrat im Moskau vorbereitet wird. Doch Russland hat in seiner Georgienpolitik unilateral und mit der diplomatischen Anerkennung Abchasien und Südossetien gegen bestehende Resolutionen des VN-Sicherheitsrats gehandelt.

Eines hat die Georgienkrise besonders deutlich gemacht: Russland fehlt es an Verbündeten selbst in seiner „privilegierten Einflusszone“. Weltweit ist mit Nicaragua bislang nur ein Staat der russischen Anerkennung Abchasien und Südossetien gefolgt. Als erstes haben die sicherheitspolitischen Partner Russlands in der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit Zurückhaltung gegenüber der russischen Position in den ungelösten Sezessionskonflikten Georgiens gezeigt. Drei Tage nach der russischen diplomatischen Anerkennung Abchasien und Südossetien tagte in

Duschanbe ein Gipfel dieser Organisation. Da wurde das Prinzip der territorialen Integrität betont und Separatismus verurteilt. Der Präsident der Russischen Akademie für Militärwissenschaft beschwerte sich im Oktober über die mangelnde Unterstützung Russlands in der Georgienkrise durch andere GUS-Staaten: Der gesamte Westen war gegen uns und die GUS-Staaten haben angesichts der entschlossenen Handlungen Russlands in Südossetien und Abchasien gekniffen. Damit bestätigte sich die alte Wahrheit: Russland hat nur zwei verlässliche Verbündete – seine Armee und seine Flotte.

Russland hat erstmals in nachsowjetischer Zeit Militärgewalt außerhalb seines Staatsterritoriums demonstriert. Sein Truppeneinsatz in Transnistrien unter General LEBED stand seinerzeit noch im Kontext des Übergang von der sowjetischen in die nachsowjetische Epoche. Im postsowjetischen Raum kam es damit zu einer Verschärfung internationaler Beziehungen, der es GUS-Staaten erschwert, ihre „multivektoralen“ oder „komplementären“ Politik, ihre Balance zwischen Russland und westlichen Partnern, zu wahren. Dass sie jedoch weiterhin bemüht sind, genau dies zu tun, zeigten die Nachbarn Georgiens. So machte Aserbaidschan bei einem Besuch des US-Vizepräsidenten Richard CHENEY in Baku am 3. September deutlich, dass es weiterhin Balance zwischen westlichen Partnern und dem Nachbarn Russland halten wolle und sich nicht einseitig nach Westen ausrichten werde. Umgekehrt hielt sich Armenien mit Unterstützung der russischen Position in der Georgienkrise zurück und bekräftigte seine 1998 konzipierte Politik der „Komplementarität“ – obwohl das Land sicherheitspolitisch eng mit Moskau verbunden ist und derzeit den Vorsitz in der von Russland dominierten „Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit“ (ODKP, engl. CSTO) führt. Armenien folgte vor allem dem russischen Schritt zur diplomatischen Anerkennung Abchasiens und Südossetiens nicht (was bislang auch für alle übrigen GUS-Staaten gilt) und begründete dies damit, dass es anderenfalls seine bisherige Zurückhaltung gegenüber einer diplomatischen Anerkennung Berg-Karabachs, mit dem es doch eng verbunden ist, aufgeben müsste. Ein wesentlicher Grund für die distanzierte Haltung zum russischen Vorgehen lag darin, dass Armenien auf gutnachbarliche Beziehungen zu Georgien angewiesen ist, über dessen Territorium es gut 70 Prozent seines Außenhandels abwickelt. Auch in Zentralasien, wo Russland in den letzten Jahren seine militärischen und wirtschaftlichen Positionen wieder ausgebaut und dem im Rahmen der „Anti-Terror-Allianz“ gewachsenen sicherheitspolitischen Einfluss

westlicher Akteure entgegen gesetzt hat, blieb die Unterstützung verhalten. Usbekistan vollzog sogar einen Schritt, der als eine Distanzierung von Russland gewertet werden kann: Es beantragte im Oktober 2008 die Suspendierung seiner Mitgliedschaft in der im Jahr 2000 gegründeten Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft, die in Moskau als ein Integrationsprojekt im GUS-Raum promoviert wurde. Der Schritt stand zwar nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Georgienkrise, zeigt aber doch, dass Russland nach dem „Fünftage-Krieg“ seine Position in seiner „privilegierten Einflusszone“ nicht unbedingt gefestigt hat.

Die Entwicklung nach dem Fünftage-Krieg hat die Bedeutung Georgiens und des Südkaukasus für europäische „Ostpolitik“ neu bestimmt. Das kleine Land mit seinen knapp über vier Millionen Einwohnern liegt an einer Schnittstelle verschiedener ostpolitischer Projekte der EU: dazu gehören die Europäische Nachbarschaftspolitik, in die der Südkaukasus seit 2004 mit Verspätung einbezogen wurde, die europäische Schwarzmeerpolitik (*Black Sea Synergy*) und zuletzt das im Mai 2008 von Polen und Schweden vorgeschlagene Projekt der Östlichen Partnerschaft. Lediglich die 2007 entwickelte EU-Zentralasienstrategie liegt etwas außerhalb dieses Spektrums. Aber als Transitkorridor für kaspische Energierohstoffe ist der Südkaukasus mit Aserbaidschan als Produzenten- und Transitland und mit Georgien als Zugang zum Schwarzen Meer und zur Türkei auch mit dieser Region eng verbunden. Die Georgienkrise hat die Diskussion über die Östliche Partnerschaft (Eastern Partnership) neu belebt. Im Oktober bekannte sich die EU-Außenkommissarin FERRERO-WALDNER zu verstärkter Nachbarschaftspolitik im Osten. Aus der Georgienkrise sei ein „strategischer Imperativ“ zur Heranführung der östlichen Nachbarn an die EU hervorgegangen. Diesen Nachbarn seien nun fast alle Türen nach Europa zu öffnen – außer der zur Mitgliedschaft. Im Dezember stellte die Kommission ein Projekt zur Konkretisierung von „Eastern Partnership“ mit sechs GUS-Staaten vor (Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Ukraine, Moldova und Belarus) vor. Darin geht es um Handelsprivilegien, Visa-Erleichterungen und andere Felder der Interaktion zwischen der EU und ihren „östlichen Partnern“ – unterhalb der Schwelle einer konkreten Beitrittsperspektive. Um Moskau zu beruhigen, wies Kommissionspräsident BARROSO darauf hin, dass dieses Projekt keine neuen Trennlinien in Europa schaffen und Russland isolieren wolle. Aber es bleibt nicht aus, dass eine intensiviertere europäische Politik in einem Bereich, den der Kreml als „privilegierte Einflusszone“ für sich beansprucht,

die Integrationskonkurrenz zwischen Russland und der EU im gemeinsamen Nachbarschaftsraum steigert. In der russischen Interpretation zeigte der Georgienkrieg „*dangerous non-reconstruction of the European security system, which failed to prevent the conflict*“. In diesem Kontext trägt Präsident MEDWEDJEW nun noch verstärkt seinen erstmals in Berlin am 5. Juni gemachten Vorschlag für eine neue pan-europäische Sicherheitsarchitektur vor.

Der europäische Blick auf den Fünftage-Krieg geht über Georgien und den Kaukasus hinaus auf andere Teile der gemeinsamen Nachbarschaft zwischen der EU und Russland. Er richtet sich auf den Schwarzmeerraum, auf die Ukraine, dort wiederum besonders auf die Krimhalbinsel als Brennpunkt russisch-ukrainischer Auseinandersetzungen, die eskalieren könnten. Die Ukraine war in die Georgienkrise involviert – durch die Einbeziehung der in Sewastopol stationierten russischen Schwarzmeerflotte in den Krieg, die Verwandlung dieser Krise in einen innenpolitischen Streitfall zwischen divergierenden politischen Lagern in der Ukraine selbst und russische Anschuldigungen, Kiew habe mit Waffen und freiwilligen Kämpfern georgische Kriegspläne unterstützt. Mit dem Krieg in Georgien wurde die östliche Nachbarschaftszone der Europäischen Union erstmals zum Schauplatz eines militärischen Konflikts zwischen Russland und einem souveränen Nachbarstaat. Vor diesem Hintergrund wird für Europa die Frage relevant, wie Russland künftig mit Staaten im GUS-Raum umgeht, die in formalisierte Nachbarschaftsbeziehungen mit der EU getreten sind. Da wird die Frage diskutiert, ob das Vorgehen gegen Georgien ein konfliktpolitischer Sonderfall oder der Auftakt zu einem größeren Szenario russischer Machtprojektion gegenüber Nachbarstaaten war. Für den Sonderfall spricht die jahrelange Entwicklung der russisch-georgischen Beziehungen zum prekärsten Nachbarschaftsverhältnis zwischen Russland und einem „*nahen Ausland*“. Auch die Präsenz russischer Friedenstruppen in den georgischen Konfliktzonen schränkt die Vergleichbarkeit mit anderen problematischen Nachbarschaftsbeziehungen Russlands (Estland, Ukraine u.a.) klar ein. Andererseits sprechen für eine Neuorientierung russischer Politik gegenüber dem „*nahen Ausland*“ neue oder neuerlich verstärkte Akzente in außenpolitischen Aussagen aus dem Kreml (Recht auf privilegierte Einflusszone, Schutz russischer Staatsbürger im Ausland) ebenso wie die Einrichtung einer für diesen Bereich und für russische Minderheiten zuständigen GUS-Abteilung beim Ministerpräsidenten PUTIN.

Bislang betrachtete Georgien die USA als seinen Hauptverbündeten und engsten Sicherheitspartner. Die dringlich notwendige Modernisierung seiner Armee wurde seit 2002 vor allem mit US-Unterstützung betrieben – bis 2004 mit dem Ausbildungs- und Ausrüstungsprogramm GTEP, danach mit einem neuen *Sustainment and Stability Operations Program*. Nach Angaben des State-Department erhielt Georgien seit 2002 830 Millionen USD an Finanzhilfen und bis 2006 etwa 178 Millionen USD an Militärhilfe. 2006 war es der drittgrößte Empfänger von US-Hilfe pro Kopf (93 USD), nach Irak (150) und Armenien (107). Im Gegenzug stellte Georgien Truppen für den Einsatz im Irak und in Afghanistan, im Irak war es sogar eines der größten Stellländer. Dazu kam aus Washington kräftige moralische und politische Unterstützung der „*Rosenrevolution*“ und ihrer Reformprogramme. Nach dem Fünftage-Krieg wurde auch in den USA darüber diskutiert, ob diese Unterstützung missverständliche Signale gesetzt habe. Welchen Einfluss haben die nahezu 200 US-Militärberater in Georgien in der Eskalationsphase seit April 2008 auf Saakaschwili und das georgische Militär genommen? Konnte eine georgische Militäraktion gegen Südossetien ohne Wissen dieser vor Ort befindlichen Verbündeten vorbereitet werden? Das State Department widerspricht der von Russland verbreiteten Vermutung, Washington habe Tiflis zu militärischer Konfliktlösung ermuntert. Auf hoher diplomatischer Ebene, so bei einem Besuch von Condoleezza RICE einige Wochen vor dem Krieg, hatten westliche Partner (einschließlich Washington) Georgien vor militärischer Eskalation wiederholt gewarnt. Nach dem Krieg sagte die Bush-Administration Georgien nun noch gesteigerte Finanzhilfe für zivilen Wiederaufbau zu und stellte dafür eine Milliarde USD für die nächsten zwei Jahre in Aussicht – das Zigfache der bisherigen jährlichen Zuwendungen. Einige Kongressabgeordnete aus beiden Parteien kritisierten diese verstärkte Unterstützung der georgischen Führung, die sich auf eine prekäre Konfliktpolitik eingelassen hatte. In Tiflis kursieren derzeit Gerüchte über eine „*neue Phase*“ der Partnerschaft mit den USA, die nun angeblich auch konkrete Sicherheitsgarantien enthalten soll. In der Georgienkrise meldeten sich US-Politiker wie der Präsidentschaftsbewerber MCCAIN zwar lautstark zu Wort („*We are all Georgians*“), insgesamt hielt sich Washington aber mit konkreten Maßnahmen gegen Russland zurück. Auch die Friedensdiplomatie ging diesmal nicht von Washington aus. Erstmals war die EU unter der französischen Ratspräsidentschaft Herr des Verfahrens bei der Schlichtung eines militärischen Konflikts im Umfeld Europas.

---

## Georgien nach dem Krieg

---

Drei Themenkreise und Problemfelder bestimmen die Nachkriegssituation in Georgien: die Kriegsschäden und ihre Behebung, die innenpolitische Krise und vor allem das Problem der territorialen Desintegration und die Frage, inwieweit nach der diplomatischen Anerkennung Abchasiens und Südossetiens durch Russland noch Spielraum für eine internationale Regelung der ungelösten Sezessionskonflikte besteht.

Wie hoch auch immer die Kriegsschäden an der georgischen Wirtschaft und Infrastruktur zu veranschlagen sind, die Geldsummen, die internationale Geber nach dem Fünftage-Krieg für den Wiederaufbau spendieren wollen, liegen offenbar weit darüber. Auf einer Geberkonferenz in Brüssel am 22. Oktober 2008, an der 38 Staaten und 15 internationale Organisationen teilnahmen, wurden 4,5 Mrd. US-Dollar für die Behebung der Kriegsschäden in Georgien bewilligt. Wie schon gesagt, stellen allein die USA eine Milliarde Dollar an Finanzhilfe für die nächsten zwei Jahre in Aussicht. In den Kriegstagen und danach bildeten die erneuten Flüchtlingsströme (laut UNHCR: rd. 130.000) das dringlichste Problem für die georgischen Behörden. Inzwischen ist ein großer Teil der Flüchtlinge aus der Pufferzone um Südossetien wieder in seine Heimatorte zurückgekehrt. Langfristig an der Rückkehr in ihre Heimatorte gehindert sind allerdings die rd. 20.000 georgischen Flüchtlinge aus Südossetien selbst.

Kehrt Georgien nach dem Krieg zu der innenpolitischen Krise zurück, die sich seit Herbst 2007 im Vorfeld von Präsidenten- und Parlamentswahlen abgezeichnet hatte und in der Präsident SAAKASCHWILI und sein Regierungsstil in Frage gestellt worden war? In den Kriegstagen schlossen die meisten oppositionellen Kräfte einen Burgfrieden mit der Regierung. Solange russische Truppen in Georgien standen und Moskau seine militärischen Maßnahmen auch mit Regimewechsel begründete und den Sturz des „SAAKASCHWILI-Regimes“ verlangte, vollzog die Bevölkerung einen patriotischen Schulterschluss mit ihrem Präsidenten und hielt sich die Opposition mit Kritik an den militärischen Maßnahmen der Regierung zurück. Der Druck Russlands auf Georgien sorgte zunächst dafür, dass Präsident SAAKASCHWILI eine demütigende militärische Niederlage in die Konsolidierung seiner innenpolitischen Position ummünzen konnte. Nur wenige regimekritische Stimmen waren während der Kriegstage zu vernehmen –

darunter die des ehemaligen Ministers für Konfliktlösung CHAINDRAWA. Mit dem weitgehenden Rückzug der russischen Truppen aus „Kerngeorgien“ änderte sich die Situation, begann eine „Phase der Fragen“. Die ehemalige Parlamentspräsidentin BURJANADZE, die den nicht radikalen Teil des Oppositionsspektrums repräsentiert, publizierte Anfang Oktober 43 Fragen an Saakaschwili, die sich in fünf Abschnitten auf die Regierungsmaßnahmen vor dem Krieg, beim Start der Offensive gegen Zchinwali, während des Kampfverlaufs, beim Rückzug georgischer Truppen und nach dem Krieg bezogen – darunter Fragen wie: *„Warum wurde eine Entscheidung über regelrechte Kriegshandlungen getroffen, obwohl Georgiens Partner mehrmals und direkt davor gewarnt haben, auf Provokationen durch Russland solcherart zu reagieren?“* *„Wer hat den Befehl zu der Offensive gegeben und warum? War diese Entscheidung vorher im Nationalen Sicherheitsrat diskutiert worden?“* *„Was war das strategische Ziel des mit aller militärischen Gewalt durchgeführten Angriffs auf Zchinwali? Warum wurden andere Schritte zur Erlangung eines militärischen Vorteils wie die Blockade des Roki-Tunnels oder die Eroberung militärischer Positionen der Separatisten ignoriert?“*

Zunehmend wuchsen seit November 2008 auch im Ausland die Zweifel an den Argumenten, mit denen Präsident SAAKASCHWILI seine militärischen Maßnahmen vom 7. – 8. August zu rechtfertigen versuchte, an seiner Darstellung der Kriegsursachen. Selbst in den USA stellten Zeitungsartikel die Glaubwürdigkeit des georgischen Präsidenten in Frage. Die EU hat, auf deutsches Drängen, eine Ursachenuntersuchung unter Leitung der georgienkundigen Diplomatin Heidi TAGLIAVINI angeregt. Am 19. November riefen NATO-Parlamentarier die Mitgliedstaaten der Allianz dazu auf, ebenfalls eine unabhängige internationale Ermittlung zu den Kriegsursachen einzuleiten. Freilich ist der Begriff der Kriegsursachen dehnbar. Er kann sich wohl kaum auf die kurze Zeitspanne von 19 Uhr bis 23 Uhr 30 des 7. Augusts beschränken, die zwischen einer einseitigen Waffenstillstandserklärung SAAKASCHWILIs an die südossetische Adresse und dem Befehl zur Offensive gegen Zchinwali gelegen hat, sondern muß die sich seit Frühjahr 2008 von Tag zu Tag zunehmend verdichtende Ereigniskette gegenseitiger Provokationen berücksichtigen, in der alle Konfliktseiten – georgische, abchasische, ossetische und russische Akteure – mit dem Feuer gespielt haben. Eine Verstärkung russischer

Militärpräsenz in Abchasien und Südossetien Monate vor dem Krieg, der Abschluss georgischer Aufklärungsdrohnen über Abchasien, die als „*humanitäre Aktion*“ ausgewiesene Instandsetzung abchasischer Eisenbahnlinien, über die dann im August russische Truppentransporte nach Westgeorgien rollten, und vor allem das Militärmanöver „*Kaukasus 2008*“, nach dessen Abschluss die Truppen nicht in die Kasernen zurückbeordert, sondern im Zustand vollständiger Kampfbereitschaft unweit der georgischen Grenze gehalten wurden, Flottenübungen zum Einsatz von Landungsschiffen im Juli und die Einrichtung eines Militärstützpunkts im südossetischen Java gehören zu den Maßnahmen auf der russischen Seite, die als Kriegsvorbereitung gedeutet werden können.

Nach dem verlorenen Krieg verkündete Präsident SAAKASCHWILI eine „*zweite Rosenrevolution*“, soll heißen: verstärkte Bemühung um Demokratisierung. Westliche Solidarität mit Georgien sollte sich nun mit strikteren Auflagen in Hinsicht auf diese Ansage verbinden. Die westlichen Partner Georgiens müssen sich in ihrem Bemühen, dem kriegsgeschädigten Land mit massiver Finanzhilfe für zivilen Wiederaufbau beizustehen, auch mit der Bilanz der „*ersten Rosenrevolution*“ kritisch auseinandersetzen. Europäische Georgienpolitik im Rahmen der ENP und künftig auch der „*Östlichen Partnerschaft*“ sollte dabei nicht auf die staatlichen Organe Georgiens fixiert sein, sondern stärker als zuvor Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen berücksichtigen, die in ihrer Kommunikation mit den Konfliktgegnern in Abchasien und Südossetien eher zur Vertrauensbildung bereit waren als die Regierung.

Die von westlichen Partnern jetzt erst recht bekräftigte territoriale Integrität Georgiens wird nach der diplomatischen Anerkennung Abchasien und Südossetiens durch Russland zu einer diplomatischen Beschwörungsformel, die sich hart an der Realität stößt. Seit Jahren vollzog sich eine „*schleichende Annexion*“ der beiden Territorien durch Russland – durch Vergabe russischer Staatsbürgerschaft an die lokalen Bevölkerungen, Besetzung der Sezessionsregierungen mit Kadern aus russischen Militär- und Geheimdienstapparaten, Durchdringung Abchasien mit russischem Kapital und russischem Tourismus. Dieser Prozess ging mit der diplomatischen Anerkennung Südossetiens und Abchasien am 26. August in eine neue Phase über. Russland stationiert je 3600 Soldaten in beiden Territorien, mit denen es Beistandspakte schließt. In beiden sollen russische Militärbasen neu oder wieder errichtet werden.

Russland hat damit eine Wende in seiner Politik gegenüber ungelösten Sezessionskonflikten im „nahen Ausland“ vollzogen. Es geht von der kostengünstigen Nutzung des ungeklärten Status solcher Konflikte als Einflusshebel im Südkaukasus zu einer kostenintensiveren Protektorats Herrschaft über Teile der Region über. Der in Südossetien angestrebte Anschluss an die Russische Föderation wird zwar vorläufig von Moskau zurückgewiesen bzw. auf ein bizarres Unionskonstrukt zwischen Russland, Belarus und Südossetien umgeleitet. Aber von „*Unabhängigkeit*“ im Sinne eigenstaatlicher Existenz kann bei dem kleinsten und wirtschaftlich schwächsten aller Sezessionsgebilde des GUS-Raums nicht die Rede sein. Abchasien setzt dagegen deutlicher auf seine Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit auch von Russland. Trotz hoher wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Abhängigkeit von Russland sieht sich Abchasien nicht als eine Art ethnischer Autonomie des „*Rossijskij Kavkas*“, sondern als eine staatliche Entität mit strategischer Position am Schwarzen Meer, die internationale Aufmerksamkeit verdiene.

Für den Status Georgiens und seiner abtrünnigen Landesteile stehen folgende Modelle zur Diskussion:

1. Das *Zypernmodell*: Da unterstützt Russland die „Eigenstaatlichkeit“ Abchasien und Südossetiens und ihre Trennung von Georgien – analog zum Verhalten der Türkei gegenüber der Türkischen Republik Nordzypern. Eine Wiedervereinigung der beiden Territorien mit Georgien bleibt langfristig unwahrscheinlich, ebenso eine breitere internationale Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasien und Südossetiens;

2. Das *Teilungsmodell*: Da wird die Teilung von Georgien selbst akzeptiert und international anerkannt. Restgeorgien wird dabei in euroatlantische Strukturen, Abchasien und Südossetien werden in den russischen Wirtschafts- und Sicherheitsraum integriert;

3. Das *Internationalisierungsmodell*: Da werden Abchasien und Südossetien und nicht nur die ihnen vorgelagerten Pufferzonen in „Kerngeorgien“ unter internationale Verwaltung und Friedenssicherung gestellt;

4. Das *Neutralitätsmodell*: Da öffnet Georgien durch Aufgabe seiner NATO-Beitrittsperspektive den Weg zur Wiedervereinigung mit den abtrünnigen Landesteilen in Form einer Konföderation.

Derzeit läuft die Entwicklung auf das *Zypernmodell* hinaus, wobei freilich dem Vergleich mit

der geteilten Mittelmeerinsel Grenzen gesetzt sind. Beide Teile Zyperns sind in einen Prozess der Europäisierung einbezogen, was für Abchasien und Südossetien im Falle Georgiens nicht gilt. Das *Teilungsmodell* wird in Georgien selbst nicht akzeptiert. Georgische Kommentare verglichen dies mit der Aufspaltung des Landes in türkische (osmanische) und iranische (safawidische) Machtzonen im 16. Jahrhundert. Auch das *Neutralitätsmodell* ist bislang realitätsfern. Zu sehr hat sich Georgien auf die NATO-Beitrittsperspektive versteift. Umgekehrt zeigen die Sezessionsregierungen in Suchumi und Zchinwali auch für den Fall der „Neutralisierung“ Georgiens kaum Bereitschaft, mit dem alten *De-Jure*-Staat in (kon-)föderative Beziehungen zu treten. Das *Internationalisierungsmodell* kann derzeit gegenüber Russland nicht durchgesetzt werden. Für die im Anschluss an den Krieg ausgehandelte, derzeit im Einsatz befindliche EU-Mission in Georgien stellte sich die entscheidende Frage, ob sich ihr Einsatzgebiet nur auf die Abchasien und Südossetien vorgelagerten Pufferzonen oder auf das gesamte international anerkannte Staatsgebiet Georgiens beziehen sollte. Das Mandat spricht von letzterem. Doch das setzt den Zugang zu Südossetien und Abchasien für externe Beobachter voraus, der von Russland und seinen Protégés verweigert wird. Gegenüber der Beschränkung auf die Pufferzonen ist zu bedenken, dass sich Europa in diesem Falle anschiebt, Grenzen zu sichern, die von ihm selbst und von der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt werden. Und selbst die Sicherheit dieser *De-facto*-Grenzen steht in Frage. In den Pufferzonen, in denen mehr als 200 EU-Beobachter unter Leitung des deutschen Diplomaten Hansjörg Haber im Einsatz sind und für Sicherheit sorgen sollen, kommt es weiterhin zu gewaltsamen Zwischenfällen. Zum Streitfall wurde besonders das Gebiet von Achalgori im Osten und das Dorf Perevni im Westen der Konfliktzone Süd-

ossetien. Das von Georgien aus zugängliche Tal von Achalgori hatte in sowjetischer Zeit zum Autonomen Gebiet Südossetien gehört, gelangte nach 1991 aber unter die Kontrolle der Zentralregierung in Tiflis. Jetzt beansprucht es Südossetien wieder für sich. Die russische Armee machte keine Anstalten, sich aus Achalgori zurückzuziehen. Flüchtlingen ist die Rückkehr verwehrt.

Was das *Internationalisierungsmodell* betrifft, ist nun generell die Frage, ob bisherige internationale Verhandlungsmechanismen und Beobachtungsmissionen mit Zuständigkeit für die beiden Sezessionskonflikte Georgiens wie UNOMIG (UN-Beobachtermission in Georgien mit Zuständigkeit für Abchasien) noch Bestandskraft haben. Inwieweit hat hier Russland mit seiner Anerkennung der beiden Sezessionsterritorien seine eigenen „klaren Verhältnisse“ geschaffen? Inwieweit gibt es hier noch Verhandlungsspielraum über die Zugehörigkeit Abchasien und Südossetiens zu Georgien? Wenn hier Internationalisierung aufrecht erhalten wird, dann durch die Genfer Georgien-Konferenz unter der Ägide von EU, OSZE und VN. Ein erstes Treffen im Oktober 2008 scheiterte an protokollarischen Querelen, vor allem an der Frage, ob und in welcher Form die von Russland unterstützten Vertreter Südossetiens und Abchasien in die Verhandlungen einzubeziehen sind. Beim zweiten Treffen im November konstatierten die drei Ko-Vorsitzenden Fortschritte: Da seien informelle Gespräche in zwei parallelen Arbeitsgruppen zur Sicherheit und Stabilität in der Region und zu Flüchtlingsproblemen und humanitären Fragen in Gang gekommen. Auch bei der dritten Gesprächsrunde im Dezember wurde Zuversicht geäußert und ein „positiver Geist“ von den Vermittlern konstatiert. Die Verhandlung politisch heikler Themen wie die Frage des Status der beiden umstrittenen Territorien wird allerdings auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

---

## Die Nachbarn im Südkaukasus

---

Aus Armenien und Aserbaidschan gab es nur zurückhaltende offizielle Stellungnahmen zu dem Krieg im Nachbarland. Dabei waren beide Länder in die Krise verwickelt. Aserbaidschan als der ebenfalls sezessionsgeschädigte Nachbar Georgiens beobachtete mit gesteigerter Aufmerksamkeit die russische und internationale Politik gegenüber Sezessionsgebilden. Beim Besuch seines Präsidenten ALIJEW in Moskau betonte die russische Seite, dass sich ihre Karabachpolitik nicht geändert habe und sie sich weiterhin im Rahmen der Minsker OSZE-Gruppe mit ihren Kollegen im Vorsitz dieser

Gruppe, den USA und Frankreich, um friedliche Konfliktregelung bemühen werde. Dasselbe bekundet sie in dem ungelösten Sezessionskonflikt um Transnistrien gegenüber der moldawischen Regierung, obwohl sie in diesem Fall darauf bedacht ist, bei der Konfliktregelung vor anderen Akteuren wie EU, OSZE und Ukraine Dominanz zu erlangen. Dasselbe Russland, das den „*Präzedenzfall Kosovo*“ für seine Politik gegenüber Abchasien und Südossetien geltend machte, betonte mit Nachdruck, dass seine diplomatische Anerkennung der beiden Sezessionsgebilde keinen

Präzedenzfall für andere ungelöste Sezessionskonflikte im GUS-Raum darstelle.

Mit Blick auf Aserbaidschan fiel die Georgienkrise auch energiepolitisch ins Gewicht und warf die Frage auf, inwieweit nun neue Risikoberechnungen für Pipelines über die kaukasische Landbrücke angestellt werden. Durch die russische Besetzung der Hafenstadt Poti und der vorübergehenden Schließung des in aserbaidchanischem Besitz befindlichen Ölterminals Kulevi an der georgischen Schwarzmeerküste war der Ölexport aus Aserbaidschan über das Schwarze Meer vorübergehend blockiert. Kasachstan stellte Projekte zum Bau einer Ölraffinerie in Baku und zum Export von Ölprodukten und anderen Waren über georgisches Territorium zurück. Allerdings wurde die seit 2005 in Betrieb befindliche Ölpipeline von Baku über Tiflis zum türkischen Schwarzmeerhafen Ceyhan (BTC) von dem Krieg nicht unmittelbar betroffen. Es war ein Terroranschlag im Osten der Türkei, der ihren Betrieb vorübergehend unterbrach. Als ein „Krieg um Öl“ hat sich die Georgienkrise allenfalls in einem eingeschränkten Sinne erwiesen. Wenn das russische militärische Vorgehen in Georgien durch das Motiv, auswärtigen Investoren die Unsicherheit der kaukasischen Landbrücke für Energietransporte vor Augen zu führen, mitbestimmt gewesen sein sollte, so ist dieses Kalkül kaum aufgegangen, auch wenn einige Hundert Millionen Dollar Schaden für Aserbaidschan, Georgien und ausländische Investoren in der Krise entstanden sind. Europa und die USA verstärken nun noch ihre Investitionen in den kaukasischen Transportkorridor. Am 14. November entschied die EU-Kommission ein Programm für Energiesicherheit, das die Schaffung einer *Caspian Development Corporation* und vermehrte Investitionen in die Förderung und den Transport von kaspischem Erdgas vorsieht. Dabei soll der südkaukasische Transitkorridor gestärkt werden. Nach der Georgienkrise kamen vor allem bereits bestehende oder geplante Gasleitungssysteme über die kaukasische Landbrücke wie das *Nabucco*-Projekt verstärkt ins Gespräch. Der gegenwärtige Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine mit seinen Auswirkungen auf die europäische Energiesicherheit wird solchen Leitungsprojekten aus dem kaspischen Raum nach Europa noch zusätzliche Bedeutung verschaffen.

Für Armenien fiel die Beschädigung von Transitwegen durch den „*Fünftage-Krieg*“ ins Gewicht, da ein Großteil seiner Handelsbeziehungen über georgisches Territorium verläuft. Der Krieg unterbrach vorübergehend

auch die Zufuhr von Energie aus Russland nach Armenien, die ebenfalls über georgisches Territorium verläuft, und rief Erinnerungen an die Versorgungskrisen der 1990-er Jahre wach. Auf fast 700 Millionen Dollar wurde in Jerewan der Schaden beziffert, den der kurze Krieg im Nachbarland für Armenien verursacht hat. Unternehmer aus Armenien und der Türkei stellten unmittelbar nach dem Krieg fest, es gebe nun kaum noch funktionierende kaukasische Handelswege. Deshalb müsse die 1993 geschlossene Grenze zwischen ihren beiden Ländern wieder geöffnet werden. Damit vollzogen sich im Umfeld der Georgienkrise Annäherungsversuche zwischen der Türkei und Armenien, entstanden neue Impulse für eine Regelung des Karabachkonflikts, des ältesten Regionalkonflikts im Südkaukasus und im GUS-Raum. Der türkische Außenminister Ali Babacan betonte, dass beide Prozesse sich gegenseitig verstärkten. Dabei spielt die Türkei als historische Regionalmacht im Kaukasus- und Schwarzmeerraum eine Rolle, die Aufmerksamkeit verdient. In die Regionalkonflikte und Nationalitätenprobleme dieses Raumes ist sie wie kaum ein anderer Staat außerhalb der GUS involviert und an ihrer Lösung interessiert. In der Georgienkrise regte Ankara an, eine „*Plattform der Zusammenarbeit und Sicherheit im Kaukasus*“ zu schaffen – ein regionales Forum, an dem sich die Türkei, Russland und die drei südkaukasischen Staaten beteiligen sollen. Gegenüber dem Verdacht, man wolle hier im Zusammenspiel mit Moskau andere Akteure aus der Konfliktbearbeitung in der Region verdrängen, stellte die türkische Seite als Prinzip des Projekts heraus, dass damit keine bestehenden Initiativen, Mechanismen und Institutionen auf diesem Handlungsfeld ersetzt werden sollen (wie etwa die Minsker OSZE-Gruppe für die Verhandlung des Karabach-Konflikts). Vielmehr solle die Plattform als zusätzliches Dialogforum fungieren. Allerdings ist dieses Projekt bislang nicht sonderlich vorangekommen. Es erinnert an frühere „*Stabilitätspakte für den Südkaukasus*“, die von Politikern und Think Tanks in der Türkei und in der EU seit 1999 konzipiert wurden und dann in der Schublade stecken geblieben sind. Allerdings gibt es da einen Unterschied: Die politische Aufmerksamkeit für ungelöste Regionalkonflikte im GUS-Bereich des weiteren Schwarzmeerraums, die bis vor kurzem noch als „*frozen conflicts*“ firmierten, ist seit Frühjahr 2008 größer als je zuvor. In diesem Kontext sind allen diplomatischen Bemühungen um friedliche Konfliktregelung Aufmerksamkeit zu widmen.

Auch Russland hat die aus der Georgienkrise auf den Karabachkonflikt ausgehenden Impulse

genutzt. Es hat nach der militärischen Operation gegen Georgien eine diplomatische Offensive zur Regelung dieses Konflikts eingeleitet. Präsident MEDWEDJEW lud am 2. November seine Amtskollegen aus Armenien und Aserbaidschan nach Moskau ein und konnte sie zu – freilich unverbindlichen – Gewaltverzichtserklärungen bewegen. Das war insofern bemerkenswert, als Aserbaidschan mit Blick auf die Besetzung eines Teils seines Staatsterritoriums durch armenische Truppen in den letzten Jahren bellizistische Rhetorik gepflegt und erhebliche militärische Aufrüstung betrieben hat. Diese Kriegsrhetorik ist nach dem Fünftage-Krieg im Nachbarland Georgien merklich zurückgetreten. Die Präsidenten unterzeichneten in Moskau eine gemeinsame Erklärung, die erste dieser Art seit dem Waffenstillstandsabkommen von 1994. In Russland wurde diese Absichtserklärung als bedeutender diplomatischer Schritt in dem nunmehr 15-jährigen Verhandlungsprozess gefeiert, in Armenien und Aserbaidschan wurde ihr Inhalt zurückhaltend kommentiert. Sehr viel Neues haben diese Moskauer Gespräche nicht gebracht. Da wurden nochmals die „*basic principles*“ bestätigt, die von den drei Ko-Vorsitzenden der Minsker OSZE-Gruppe (Russland, USA, Frankreich) seit 2006 als verhandelbar herausgestellt und auf einem Treffen der Konfliktparteien in Madrid am 29. November 2007 fixiert worden waren. Zu ihnen gehören: der armenische Truppenrückzug aus den besetzten Distrikten in der

Umgebung Berg-Karabachs (mit der vorläufigen Ausnahme der Provinz Lachin, die einen Korridor zwischen Berg-Karabach und Armenien bilden); die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidschan; eine durch internationale Friedenstruppen gesicherte friedliche Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimatorte; internationale Wiederaufbauhilfe und ein zukünftiges Referendum über den Status Berg-Karabachs. Einige dieser Punkte, so das Referendum, bleiben nach wie vor umstritten. In der Statusfrage gibt es kaum Annäherung zwischen den Konfliktseiten. Ilham ALIJEW betonte am 24. Oktober in der Inaugurationsrede nach seiner Wiederwahl als Präsident Aserbaidschans, dass Berg-Karabach weder heute noch morgen noch in zehn oder 50 Jahren für unabhängig erklärt werde. Jegliche Konfliktlösung könne nur im Rahmen „der territorialen Integrität Aserbaidschans“ herbeigeführt werden. Gleichwohl hat die Georgienkrise Bewegung in die Verhandlung des benachbarten Konflikts gebracht. Dies könnte sich unter einer entscheidenden Voraussetzung als positiv erweisen. Die Voraussetzung ist die, dass externe Akteure wie Russland, die Türkei und die westlichen Ko-Vorsitzenden der Minsker Gruppe bei der Konfliktmediation Kooperation und nicht Konkurrenz betreiben und dass die Georgienkrise den Konfliktseiten die Fragwürdigkeit einer militärischen Option auf Konfliktlösung nachhaltig demonstriert hat.

## Anmerkungen

- 1 Siehe z.B. Olga Olikier: Kosovo and South Ossetia More Different Than Similar, 25.8.2008 <http://www.rand.org/commentary/2008/08/25/RFERL.html> ; Südossetien ist nicht Kosovo. Fragwürdige Parallelen, markante Unterschiede und unzulässige Gleichsetzungen, in: Neue Zürcher Zeitung, 28.8.2008, S.5;
- 2 Fjodor Lukjanow, Moskau agiert auf eigene Faust, in: Financial Times Deutschland, 24.9.2008 [http://www.ftd.de/meinung\(kommentare\):Gastkommentar-Fjodor-Lukjanow-Moskau-agiert-auf-eigene-Faust/417812/html?p=1](http://www.ftd.de/meinung(kommentare):Gastkommentar-Fjodor-Lukjanow-Moskau-agiert-auf-eigene-Faust/417812/html?p=1)
- 3 Roger McDermott: Russia Prepares a New Draft Security Strategy Through 2020, Jamestown Foundation Eurasia Daily Monitor, vol.6, issue 2, 6.1.2009.
- 4 Dushanbe Declaration of Heads of SCO Member States, 28 August 2008, [http://www.sectesco.org/news\\_detail.asp?id=2360&LanguageID=2](http://www.sectesco.org/news_detail.asp?id=2360&LanguageID=2).
- 5 Martin Winter, Geld gegen Freundschaft. Außenkommissarin will Osten stärker an die EU heranführen, Süddeutsche Zeitung, 16.10.2008, S.9.
- 6 Sergei Karaganov: The World Crisis – A Time for Creation, Russia in Global Affairs, No.4, October-December 2008.
- 7 Rainer Lindner: Ukraine und Russland: Die Krim als neuer Konfliktherd im Schwarzmeerraum, in: Hans-Henning Schröder (Hg.): Die Kaukasus-Krise, S.20-23.
- 8 Zitiert bei Peter Rutland: A Green Light for Russia, Transition Online, 12.8.2008.
- 9 Joshua Kucera, Georgia: Some Members of US Congress Question Bush Administration Policy toward Tbilisi, in: Eurasia Insight, 25.9.2008.

- 10 In englischer Sprache erschienen die 43 Fragen in Civil Georgia, 2.10.2008.
- 11 NATO nimmt Saakaschwili unter die Lupe, Handelsblatt, 20.11.2008, S.6.
- 12 Sonja Zekri, Ein paar kurze Stunden, die die Welt verändern, Süddeutsche Zeitung, 19.11.2008.
- 13 Siehe u.a. Artschil Gegeschidse, Die Krise: Ursachen, Voraussetzungen und Perspektiven, Wostok, 3/Herbst 2008, S.22-25.
- 14 Vgl. Sabine Fischer, European Policy towards the South Caucasus after the Georgia Crisis, in: Caucasus Analytical Digest, No.1, 17.12.2008, S.5.
- 15 Antonenko, S.28.
- 16 Vgl. Aleksej Alekseev: Severnyj, pochožij na Južnuju. Primenim li opyt Severnogo Kipra k Abchazii i Južnoj Osetii, in: Kommersant Vlast', No.42 (796) 27.10.2008.
- 17 Vgl. Georgian columnist posits five possible scenarios for the country's future, BBC Monitoring Caucasus News, 9.10.2008. Originalartikel von Dmitri Shvelidze in 24 Saati, 30.9.2008.
- 18 Kommersant, 17.11.2008; vgl. Vladimir Socor, Azerbaijan-Georgia Corridor: Growing Transit Volumes Bolster Security, Eurasia Daily Monitor, vol.5, issue 221, 18.11.2008.
- 19 Ashley Corinne Killough: Armenia in Need of an Alternative Export-Import Route, in: Eurasia Daily Monitor, vol.5, issue 195, 10.10.2008.
- 20 Ali Babacan: Calming the Caucasus, International Herald Tribune, 23.9.2008; vgl. Emil Danielyan: Turkey Pushes for more Nagorno-Karabakh Talks amid Warming Ties with Armenia, Eurasianet: Eurasia Insight, 29.9.2008; skeptisch dazu: Rovshan Ibrahimov: Why Turkey Became More Active in South Caucasus, <http://www.eurasianhome.org/xml/t/expert.xml?lang=en&nic=expert&pid=1749&qmonth=0&qyear=0>
- 21 Zu dieser türkischen Rolle in den ungelösten Regionalkonflikten des postsowjetischen Raums vgl. Hasan Ali Karasar. Saakashvili Pulled the Trigger: Turkey between Russia and Georgia, SETA (Foundation for Political, Economic, and Social Research) Policy Brief No.20, Bilkent University, Ankara August 2008; zu den Implikationen der Georgienkrise für türkische Politik im Kaukasus und Schwarzmeerraum vgl. Igor Tobarkov: The Georgia Crisis and Russia-Turkey Relations, Jamestown Foundation, Washington 2008.
- 22 Siehe dazu: Harry Tamrazian, Karabakh Peace Agreement Impossible without US-Involvement, in: Eurasia Insight, 8.11.2008; Jean-Christophe Peuch, OSCE Minsk Group Co-Chairs Hail Moscow Karabakh Talks, ebenda, 7.11.2008.

## Geopolitischer Machtpoker im Kaukasus

Am 8. August 2008 eskalierte der jahrelange Kleinkrieg von Provokationen, Nadelstichen, schleichender Protektoratspolitik und Wirtschaftsembargos zum bewaffneten Konflikt zwischen Georgien und Russland. Der als Blitzkrieg konzipierte Vorstoß georgischer Truppen gegen die südossetische Hauptstadt Zchinwali scheiterte am Widerstand ossetischer Freiwilligenverbände und dann vor allem am Vormarsch russischer Truppen, die 12 Stunden später eingriffen.<sup>1</sup> Russische Verbände vertrieben die georgischen Truppen aus Südossetien, stießen tief nach Georgien vor und zerstörten weitgehend die militärische Infrastruktur des Landes. Unbeeindruckt von westlichen Protesten ging Moskau daran, eine befestigte Sicherheitszone um Ossetien zu schaffen.<sup>2</sup> Zwei Wochen nach einem durch die EU vermittelten Sechs-Punkte Plan zur Einstellung der Militäraktionen anerkannten zuerst die beiden Kammern des russischen Parlamentes, die Staatsduma und der Föderationsrat, und danach der russische Präsident Dmitri Medwedew die beiden separatistischen Gebilde Abchasien und Südossetien als souveräne Staaten. Durch die Zerstörung des strukturellen Offensivpotentials Georgiens hat der Kreml ein Etappenziel erreicht, aber das wirkliche Ziel, der Sturz des georgischen Präsidenten Saakaschwili, gelang bislang nicht. Obendrein entpuppt sich die staatliche Anerkennung der beiden separatistischen Provinzen als Fußfessel, denn erstens verlor der Kreml dadurch ein wichtiges Instrument der Einflussnahme in der Region und zweitens folgten außer Nicaragua und Venezuela bislang keine weiteren Länder diesem Schritt. Selbst Belarus verweigerte sich und die Mitglieder der

*Shanghai Cooperation Organisation* sind mit ethnisch-religiösen und separatistischen Konflikten mehr als befrachtet als dass sie den russischen Schritt hätten unterstützen können. Hier zeigen sich wesentlich schärfere Parallelen zum Kosovo, den bis dato ca. 50 Länder als souveränen Staat anerkannt haben

Wohl selten ist ein so kurzer und in seinem Ausgang voraussehbarer Konflikt mit ausufernden Spekulationen in Moskau und im Westen bedacht worden. Sofort nach Beginn der Kampfhandlungen tauchte in Moskauer Expertenkreisen die Frage auf, wer wohl wem eine Falle gestellt habe? Denn im Zeitalter der Satellitenaufklärung ist es schier unmöglich, dass größere Kontingente von schweren Angriffswaffen und Truppen ohne Kenntnis der USA oder Russlands auf georgischer Seite in Stellung gebracht hätten werden können. Gleiches gilt für den russischen Aufmarsch von ca. 200 und mehr Panzern, Selbstfahrlafetten und Einheiten auf der anderen Seite des Roki-Tunnels in Nordossetien. Auch dies ist sicher den US-Satelliten nicht verborgen geblieben. Noch pikanter wird die Sachlage durch die am Boden weilenden amerikanischen, türkischen und israelischen Ausbilder der georgischen Armee,<sup>3</sup> von denen nicht anzunehmen ist, dass sie im Sinne der wohlbekannten Figur dreier Affen nichts sahen, hörten und sagten. In diesem Kontext stellt sich daher die Frage, warum Washington Erkenntnisse weder an die NATO noch an Tbilissi weitergegeben und Saakaschwili von einem Angriff abgeraten hat? Falls jedoch Hinweise weitergegeben wurden, dann öffnet sich eine völlig andere Sichtweise der Ereignisse.

---

### Folgende Fragen müssten alsdann beantwortet werden:

---

1. Erfolgte das militärische Vorgehen des georgischen Präsidenten Saakaschwili mit Duldung Washingtons? Wurde etwa der georgische Präsident, obgleich führende Militärs von einem Waffengang abrieten, sogar von Kreisen der ausgehenden Bush-Administration ermuntert, den Waffengang zu wagen, weil desaströse Folgen für den Bestand Georgien oder für die Präsidentschaft Saakaschwilis hätten eingedämmt werden können? Beide Sichtweisen sind plausibel und fließend, weil die amerikanische Unterstützung immer zur Stelle war, die

von Saakaschwili seit 2004 meisterhaft inszenierte Politik des „*brinkmanship*“ zu unterstützen. Und wie die Nachkriegssituation belegt, gleichgültig welcher Ausgang der georgischen Militäroperation beschieden war, sowohl Washington als auch Tbilissi hätten den Blitzkrieg entweder als Sieg des demokratischen Georgiens verbucht oder im Falle einer Niederlage, diesen als Abwehrkampf eines europäischen „Vorpostens“ (Saakaschwili) gegen die russischen Horden dargestellt. Letztere Lesart wurde dann im nachfolgenden

Propagandakrieg auch offensiv umgesetzt und mit Parallelen zur Breschnew-Doktrin der eingeschränkten Neutralität und der Gefährdung der europäischen und internationalen Ordnung von amerikanischer Seite unterfüttert und ins Feld geführt.<sup>4</sup> Diese Lesart ist von Medien in einigen Ländern der Europäischen Union begierig aufgegriffen und bebildert mit Szenen aus dem Prager August 1968 zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung benutzt worden.

2. Hat sich Washington nicht gegen den eigenen politischen Zögling durchsetzen können oder wollen? Trifft letztere Annahme zu, dann erhält der Konflikt eine ganz andere Dimension und Bedeutung. Falls Sieg oder Niederlage möglichenfalls bewusst kalkuliert waren, so nimmt es nicht wunder, dass der Kaukasuskrieg sofort eine innenpolitische Dimension im amerikanischen Wahlkampf entfalten konnte.<sup>5</sup> Auf diesen Umstand hat nicht nur der russische Premierminister Putin in einem Interview mit CNN und in seinem zensierten Interview mit der deutschen ARD hingewiesen.<sup>6</sup> Darüber hinaus brachte Washington sogleich die NATO-Karte als letztendlichen Schutz gegen den russischen Aggressor ins Spiel und wies auf die Baltischen Staaten, die obgleich ähnlich exponiert und zudem noch mit großen russischen Minderheiten ausgestattet, aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der NATO gesichert seien. Aber damit nicht genug, die Ukraine mit der Krim-Problematik und die besondere Situation des Marinestützpunktes Sewastopol (noch bis 2017 durch Verträge von Russland gepachtet) wurde zugleich als potentiell Ziel russischer Aggression ausgemacht. Dort könnten von Moskau unterstützte separatistische Bewegungen die staatliche Einheit der Ukraine herausfordern. Und wiederum wurde die NATO-Panazee<sup>7</sup> ins Spiel gebracht. Solch potentieller Gefahr könne man nur durch einen beschleunigten Beitritt des Landes zur NATO beikommen.<sup>8</sup>
3. Offen bleibt allenfalls die Frage, ob sowohl die Entschlossenheit als auch das Ausmaß und die Härte der russischen Militäraktion in Washington und Tbilissi unterschätzt wurden. Auf russischer Seite ist trotz der operationsbereiten russischen Streitkräfte in Nordossetien zu fragen, in wie weit Moskau vom georgischen Angriff überrascht wurde? War das Zögern, eine militärische Antwort zu geben, Ausdruck der Überraschung oder wollte man der internationalen Öffentlichkeit bewusst machen, wer wen angegriffen hatte? Trotz Satellitenaufklärung bleibt

weiterhin zweifelhaft, ob Moskau mit einer solch großen Militäroperation Georgiens rechnete. Wurde der Kreml also von Saakaschwili unter Zugzwang gesetzt?<sup>9</sup> Dass dieser Zugzwang dann ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung des Westens und auf völkerrechtliche Prinzipien voll ausgenutzt wurde, um vollende Tatsachen zu schaffen, war ein kalkulierter Schritt Moskaus. Nur zögernd gab Moskau internationalen Druck, besonders dem Einwirken der EU nach und zog seine Truppen aus dem Kerngebiet Georgiens ab. *Grosso modo* wurden von russischer Seite die Vereinbarungen des Sechs-Punkte-Vertrages eingehalten. Zwar gibt es noch Ungereimtheiten über die Sicherheitszone und die Kompetenzen der EU-Friedenstruppen, aber das sind technische Probleme die sich politisch lösen lassen.

4. Akzeptiert man obige Annahmen, so ergab sich für die georgische Führung eine spezifische *win-win*-Situation. Selbst eine militärische Niederlage konnte in einen Sieg umgemünzt werden, denn der externe Aggressor Russland erlöste das Land sozusagen von der Last der „*frozen conflicts*“, und erleichtert damit den Weg des Landes in den MAP (*Membership Action Plan*) und schließlich in die NATO. Realiter bestanden auch vor dem Krieg nur karge Möglichkeiten für Tbilissi die beiden abtrünnigen Regionen in den georgischen Staatsverband in absehbarer Zeit und auf friedliche Weise zurückzuführen. Diese Option ist nun endgültig verspielt. Weder Moskau noch die Regierungen in Abchasien und Südossetien, die nun als selbständige Staaten auftreten, werden von ihren Positionen abrücken und das aufgeben, was in zwei Kriegen erkämpft wurde. Sie lehnen jedweden Dialog mit Tbilissi um den Status ihrer Länder ab. Nun zahlt sich aus, was lange verschwiegen wurde. Der als pro-westlich und demokratisch eingeschätzte Präsident Saakaschwili hatte sich als „*unfähig erwiesen, den völkerrechtlichen Status Südossetiens und Abchasiens im Rahmen eines, das friedliche Zusammenleben ethnischer Mehrheiten und Minderheiten garantierenden, georgischen Nationalstaats abzusichern und die innenpolitischen Spannungen mit rechtsstaatlichen und vor allem wirtschaftlichen Mitteln abzubauen*“.<sup>10</sup>
5. Und so erhält, wie es scheint, Tbilissi dennoch den Trostpreis des NATO Membership Plans, der unweigerlich zur Mitgliedschaft in der NATO führt. Es ist aber kaum anzunehmen, dass sich in Anbetracht der fragilen Sicherheitslage in diesem Raum und

angesichts der Qualität der politischen Führung in Tbilissi verantwortungsbewusste europäische Mitgliedsländer der NATO für einen „fast track“ zur NATO-Mitgliedschaft Georgiens aussprechen werden. Die Gefahr erneut mit einer Eskapade des georgischen Hasardeurs konfrontiert zu werden, ist nicht von der Hand zu weisen. Die Lage würde sich jedoch verändern, sollte es denn in Tbilissi zu einem Regierungswechsel kommen. Dass braucht jedoch Zeit. Die Schockwirkung des endgültigen territorialen Verlustes und der Niederlage müssen erst verarbeitet werden, bis die Schuldfrage in den innenpolitischen Diskurs eingebracht werden kann.<sup>11</sup> Jedoch ist dieser Prozess eingeleitet worden.

6. Mit der Anerkennung der beiden Regionen als souveräne Staaten, die sich sicher in der einen und anderen Weise durch Beistandsverträge Rückendeckung aus Moskau holen werden<sup>12</sup> oder wie im Falle Südossetiens sich nach einer gewissen Schamfrist mit dem russischen Nordossetien vereinen könnten, hat Moskau nicht nur das Kapitel der „frozen conflicts“ im Kaukasus vorerst geschlossen. Denn Tbilissi wird gegen diese Staaten, die faktisch zu Protektoraten Moskau geworden sind, weder eigenständig noch als zukünftiges NATO-Mitglied vorgehen können. Der Kreml hat außerdem mit diesem Schritt einen fundamentalen Richtungswechsel in der Frage demonstriert, was völkerrechtlich höher zu werten sei, die territoriale Unverletzbarkeit eines souveränen Staates oder das Selbstbestimmungsrecht von ethnischen Minderheiten innerhalb des Staatsverbandes. Bis zum Kosovo-Fall verfocht Moskau nachdrücklich das erste Prinzip und diese Sichtweise steht in der Tradition der Sowjetzeit und der postsowjetischen Jelzin-Phase. Das russische Verfassungsgericht bestätigte in den 1990-er Jahren mehrfach diese Auffassung in Urteilen gegen ethnische Minderheiten. Dieser völkerrechtlich bedeutsame Richtungswechsel ist selbst bei engen Verbündeten Moskaus nicht honoriert worden wie die Konferenz der *Shanghai Cooperation Organisation* vom August 2008 in Duschanbe/Tadschikistan belegt. China und die zentralasiatischen Staaten bekräftigten unbeirrt das Prinzip der territorialen Unverletzbarkeit, sprachen sich jedoch gleichzeitig gegen die Anwendung von Gewalt zur Lösung lokaler Konflikte aus.<sup>13</sup> Moskau erhielt allerdings Zustimmung für sein Vorgehen gegen die georgische Interventionen, aber selbst der weißrussische

Präsident Lukaschenko äußerte sich höchst zweideutig hinsichtlich der völkerrechtlichen Anerkennung von Südossetien und Abchasien.

Während die lokale/regionale Dimension des Konfliktes um Abchasien und Südossetien an Brisanz eingebüßt hat, verlagerte sich die Auseinandersetzung auf die internationale Ebene. Das russische Vorgehen in Georgien wurde von der EU, den USA, aber auch vom Generalsekretär der UNO als völkerrechtswidrig eingestuft. Russland sah sich einer vereinten Front westlicher Institutionen, von den Medien ganz zu schweigen, konfrontiert. Selten waren sich die Europäische Union, die NATO und die USA so einig und selbst über Parteien hinweg spannt sich dieser Konsens der Verurteilung. Der Konflikt schlug auch auf den amerikanischen Wahlkampf durch und zeitigte innenpolitische Folgen: er lenkte zeitweise vom Desaster des Irakkrieges ab und verhalf dem rechtskonservativen Präsidentschaftskandidaten McCain zu Stimmengewinnen. So beharrte der außenpolitische Berater McCains, Robert Kagan, der dem äußerst rechten Lager der Neokonservativen zugerechnet wird, auch sofort darauf, dass die Vorgeschichte des Krieges unberührt gelassen werden sollte. „*The details of who did what to precipitate Russia's war against Georgia are not very important. ... This war did not begin because of a miscalculation by Georgian president Mikhail Saakashvili. It is a war that Moscow has been attempting to provoke for some time*“.<sup>14</sup> Im Nachhinein kann man nur spekulieren, ob nicht die hereinbrechende Finanzkrise den Rechtskonservativen um McCain die Wahlkampfstrategie, nämlich außenpolitisch gegen Obama zu punkten, verhagelte.<sup>15</sup>

Weil der Versuch misslang, den Konflikt innenpolitisch zu instrumentalisieren, und nun mit mehrmonatiger Verspätung die Medien ein objektiveres Bild des Hergangs sich erlauben, lassen sich, so paradox es klingen mag, auch Anzeichen in der Europäischen Union, in den USA und in Moskau erkennen, zu einer grundsätzlichen Klärung der beidseitigen Beziehungen zu kommen.<sup>16</sup> Plötzlich wird das Bild von einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa, das im Juni 2008 vom neuen russischen Präsidenten Medwedew erstmals in Berlin angeschnitten wurde, plastischer und scheint sich darüber ein Diskurs zu entfalten.

Eingeschlossen in diesen beginnenden Aufbruch ist der Versuch auf beiden Seiten, die Beziehungen zu definieren, welche eine Qualität die beidseitige Partnerschaft, die immerfort bemüht und angesprochen wird, denn haben soll.

Denn bislang haben weder die USA noch die EU eine Vorstellung, gar eine Konzeption, wie mit dem neuen Russland, das sich von den Trümmern der alten Sowjetunion ebenso befreit hat wie es die chaotische Jelzin-Phase überstand, als das Land Spielball westlicher Politik war, umzugehen ist. Washington und die EU sollten sich darauf besinnen, dass die post-sowjetische Ära beendet ist. Damit haben aber auch Konzeptionen des Kalten Krieges, wie Containment oder auch solche der postsowjetischen Phase, nämlich die Übernahme westlicher Ordnungsvorstellungen und Typen der Integration, ausgedient, wenn sie jemals eine wirkliche Funktion erfüllten. Auf jeden Fall können sie nicht auf das heutige Russland übertragen werden. Dieser Sachverhalt ist so neu nicht, aber diese Einsicht fehlt immer noch in der westlichen Russlandpolitik, obwohl von russischer Seite schon auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 mit der Rede des damaligen Präsidenten Putin der erste Stein in Richtung des westlichen Glashauses geworfen wurde. Schon damals wurde klar, dass Moskau nicht die Konfrontation mit den Westen sucht. Aber Moskau will zurückgewinnen, was mit dem Zusammenbruch der UdSSR und vor allem in der postsowjetischen Periode unter Jelzin verlorenging: Anerkennung als internationale Großmacht, die an der Gestaltung der neuen Weltordnung gleichberechtigt neben den USA und Europa beteiligt ist. Von Moskau geht keine neue Bedrohung aus, aber der Kreml strebt eine Revision der internationalen Ordnung an. Das besagt nicht, dass Moskau eine Vorstellung davon hätte, wie die angestrebte neue Weltordnung auszusehen hat.

Gewiss ist nur, dass die derzeitige, mit den USA als Welthegeemon, nicht hingenommen wird. Umgekehrt sind die USA nicht bereit ihre hegemoniale Stellung, obwohl sie sich im Niedergang befinden, freiwillig zu räumen und Zugeständnisse zu machen. Im Gegenteil, Washington schickt sich an, unter Nutzung

ihrer europäischen Klientel in NATO und EU, Zwischeneuropa in seinen Einflussbereich einzubeziehen. Sollte dies geschehen, so warnt Moskau, würden nicht nur neue Trennlinien verfestigt. Erneut würden sich zwei Lager gegenüberstehen, die das fragile Sicherheitsregime, das noch auf wenigen Verträgen aus der bilateralen Ära beruht, aushebeln und den Kontinent in unberechenbare, eskalierende Konflikte zwingen könnten. In diesem Sinne warnt der russische Außenminister Lawrow, dass ein Beitritt der Ukraine zur NATO nicht nur die ukrainisch-russischen Beziehungen belasten, sondern sich negativ auf „die gesamteuropäische Sicherheit“ auswirken würde.<sup>17</sup> „Der Ukraine die Rolle einer Pufferzone zwischen Europa und Russland aufzuzwingen hieße, die Ukraine abzuwerten.“

Daher das russische Jonglierspiel mit weder durchdachten noch ausgereiften außen- und sicherheitspolitischen Entwürfen. Ein Beispiel war der jüngste Vorschlag des russischen Präsidenten Medwedew für ein neues internationales und kollektives Sicherheitssystem in Europa, aber auch das Angebot, ein gemeinsames Raketenabwehrsystem in Europa zu errichten. Der Westen reagierte zunächst hinhaltend, ablehnend oder gar nicht auf solche Vorstöße, so dass im außen- und sicherheitspolitischen Establishment Moskaus die Sorge immer mehr an Boden gewann, man sei erneut, wie schon in den „verlorenen 1990er Jahren“, Opfer der westlichen Ausgrenzungspolitik.<sup>18</sup> Und gegen diese Politik setzt Moskau nun Kontrapunkte.<sup>19</sup> Der russische Außenminister Lawrow verspottete daher auch bissig die einseitige Haltung der Westmächte im russisch-georgischen Konflikt. Sie haben die realen Umbrüche in der Weltpolitik und die Rückkehr Russlands als Akteur der internationalen Politik nicht erkannt oder wollten diese Realität nicht anerkennen. Daher bedurfte es eines „Weckrufs“, da auch die Rede des damaligen Präsidenten Putin auf der Sicherheitskonferenz von München 2007 nicht fruchtete.<sup>20</sup>

---

### Was steht also auf dem Spiel – und in welchem Rahmen bewegt sich der Konflikt im Kaukasus?

---

1. Zwischen der Europäischen Union und Russland hat sich eine Art „Zwischeneuropa“ herausgebildet, das sich von der Ostsee bis in den Raum zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer erstreckt und sogar Teile von Zentralasien (Kasachstan) berührt. Dieses *Zwischeneuropa* ist selbst politisch zu heterogen und wirtschaftlich wie militärisch zu schwach, um aus eigenen Kräften eine regionale Ordnungsfunktion auszuüben

(Egon Bahr). Demzufolge oszillieren die Länder *Zwischeneuropas* zwischen zwei geopolitischen Machtpolen, der Europäischen Union und Russland. Im Hintergrund agieren die USA mit eigenen Interessen, die weniger auf die Befriedung des Raumes gerichtet sind, als dass sie versuchen, das Comeback Russlands als Großmacht zu verhindern oder wenigstens zu stören. Außerdem sind Pläne zur Sicherung der

immer noch nicht ad acta gelegten Konzeption „*Greater Middle East*“ sowie Interessen zum Schutz der Energie-transportrouten hierin eingewoben.

2. Dieser Raum ist objektiv aufgrund von politischen wie wirtschaftlichen Schwächen seiner Staaten zum Spielball rivalisierender geopolitischer Mächte, also der USA, Russlands und der Europäischen Union geworden. Obendrein hat die dritte Runde der NATO-Osterweiterung längst begonnen. Sie hat zum Ziel, die Länder dieses Raumes in ein NATO-zentriertes System europäischer Sicherheit einzubinden und dauerhaft von Russland zu trennen oder gar in Stellung zu bringen. Das Russische Interesse wiederum ist, den Einfluss der konkurrierenden Machtzentren in diesem Raum so gering wie möglich zu halten. Das Ziel jedoch, die Westorientierung einiger Länder zu durchkreuzen, konnte weder durch zaghafte Versuche einer „*roll back*“-Strategie vermittels „*Regime Change*“, noch durch einen demonstrativen Konfrontationskurs gegenüber NATO und EU bislang erreicht werden.
3. Die Europäische Union positionierte sich erstmals 2004/5 in diesem Raum, um den Wahlbetrug in der Ukraine abzuwehren, konnte aber aufgrund der eigenen Identitätskrise danach die geweckten Hoffnungen von Ländern im demokratischen Umbruch nicht erfüllen. Weil keinem Land eine Beitrittsoption angeboten wurde, brachte auch die Ersatzkonstruktion der Europäischen Nachbarschaftspolitik wenig Abhilfe. Erst mit dem Kaukasuskonflikt wurde die EU erneut in eine geopolitische Macht- und Vermittlerrolle katapultiert. Die französische Ratspräsidentschaft hat bislang meisterhaft agiert, um die schier unüberwindbaren Interessenkonflikte innerhalb der EU und mit den USA zu lösen.
4. Das Vorgehen Russlands gegen Georgien illustriert jedoch, dass die westlichen Strategien für den Aufbau demokratischer Institutionen in der Region zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer zu scheitern drohen, da sie nicht durch die Nähe zur EU oder zur NATO geschützt werden können. Selbst die zur Schau gestellte enge Beziehung zum Welthege- mon USA bietet keine letztendliche Garantie gegen andere geopolitische Ambitionen. Und abgesehen von Projekten des Demokratietransfers sind Vorhaben der Europäischen Union sich den ungestörten Energie- zufluss – unter Umgehung von Russland –

aus dem kaspischen und zentralasiatischen zu sichern, eventuell auch iranische Vorkommen einzubeziehen, gefährdet. Noch sind keine Sanktionen in Sicht und beide Seiten haben wohl kein Interesse an einer Eskalation des Konfliktes, aber sollten sich ideologische Scharfmacher aus welchen Motiven auch immer, durchsetzen, könnte Moskau auch die logistische Versorgung der NATO-Truppen für Afghanistan erschweren und seine Kooperation bei internationalen Problemfeldern aufkündigen.

5. Nicht der demonstrative, aber hilflose Schritt Saakaschwilis, Georgien aus der GUS hinauszuführen, hat die GUS geschwächt, sondern die seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion erkennbaren Widersprüche in der Politik Moskaus: Schon in der Jelzin-Phase genoss die GUS keine Priorität in der russischen Politik und seit der Rückkehr Russlands als Akteur des internationalen Systems scheint Moskaus den Zusammenbruch der GUS billigend in Kauf zu nehmen. So sind von der rabiaten Preispolitik bei Energieträgern auch frühere enge Verbündete betroffen. Eine einheitliche Behandlung der GUS-Staaten wurde unter Präsident Putin aufgegeben und durch eine selektive, primär auf die zentralasiatischen Staaten abzielende Option der Kooperation ersetzt.
6. Ausgenommen von diesem Strategie- wechsel waren und sind die Länder *Zwischeneuropas*, insbesondere die Ukraine und Georgien. Ziel russischer Politik war die Neutralisierung ihrer Westorientierung durch die Unterstützung von pro-russischen oder wenigstens nicht explizit pro-westlichen Kräften. Besonders gegen Georgien verfolgte Moskau seit Beendigung der Bürgerkriege 1994 eine Doppelstrategie. In offiziellen Verlautbarungen wurde zwar die territoriale Unversehrtheit Georgiens bekräftigt, aber faktisch wurden die UN-Sanktionen gegen Abchasien unterlaufen und im April 2008 gänzlich ausgesetzt. Die „*frozen conflicts*“ schufen einen Zustand des „*kontrollierten Chaos*“ und trugen u.a. dazu bei, das Land nahezu zum „*failed state*“ zu machen. Sie waren Instrument der Einflussnahme und faktisch Moskaus Rückversicherung, dass Georgien auf absehbare Zeit keine Chance hatte, in die NATO oder EU aufgenommen zu werden. Mit der staatlichen Anerkennung der beiden abtrünnigen Provinzen hat Moskau diese Option verloren und wahrscheinlich das Gegenteil erreicht.<sup>22</sup>
7. Das unverhältnismäßig harte militärische Vorgehen gegen Georgien und die

nachfolgende Anerkennung von Abchasien und Südossetien implizieren, dass der Kreml nicht mit der Handlungsfähigkeit der EU oder einer kohärenten Reaktion des Westens, allenfalls mit symbolischen Sanktionsandrohungen, rechnet. Etwaige Sanktionen<sup>23</sup> wie die Behinderung des Beitritts Russlands zur WTO durch erneute Auflagen oder aber die Androhung des damaligen amerikanischen Präsidentschaftskandidaten McCain, Russland aus den G-8 zu verbannen, wurden in Moskau mit demonstrativer Gelassenheit aufgenommen. Auch die Ankündigung der NATO, die Arbeit des Russland-NATO-Konsultationsrates vorerst einzustellen, wurde nicht als dramatisch eingestuft. Die Rechnung ist für Moskaus einstweilen aufgegangen, denn die EU verhängte auf ihrem Sondergipfel am 1. September 2008 nur eine symbolische Sanktion: Die Verhandlungen um die Verlängerung bzw. Neufassung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und Russland wurden bis zum Rückzug der russischen Truppen aus Kerngeorgien ausgesetzt. Völlig abwegig war anzunehmen, und darauf baute man in Moskau, etwa Zwangsmaßnahmen zu verhängen, welche die Lebensadern des europäisch-russischen Handels treffen konnten oder Investitionsvorhaben tangieren würden. Schließlich konnte sich die Europäische Union nicht den eigenen Energiehahn durch Sanktionen abdrehen. Betrachtet man die logistische Abhängigkeit der in Afghanistan eingesetzten NATO Verbände, vor allem der Bundeswehr, vom russischen Versorgungs- und Transportnetz, so wären bei einer Eskalation des Konfliktes mit den üblichen Begleitscheinungen von Sanktionen und Gegenmaßnahmen schwerwiegende Nachteile für die Versorgung der deutschen ISAF-Kontingente eingetreten. Deutsche Transportflugzeuge nutzen den russischen Luftraum und demnächst werden auch spanische Versorgungsflüge für Afghanistan diesen Weg beschreiten.

Nach Abzug der russischen Truppen aus Kern-Georgien will die EU binnen eines Monats den Dialog mit Moskau wieder aufnehmen. Beim EU-Außenministertreffen in Brüssel sprachen sich mit Ausnahme Litauens alle Mitgliedstaaten dafür aus, die Verhandlungen über ein neues Partnerschaftsabkommen mit Russland fortzusetzen.<sup>24</sup> Beim EU-Russland Gipfel im November in Nizza bestätigte die Europäische Union, dass die Russische Föderation einen Großteil ihrer Verpflichtungen erfüllt habe: den Waffenstillstand, im Großen

und Ganzen auch den Truppenrückzug, die Akzeptanz der Beobachter, die Aufnahme von internationalen Gesprächen in Genf.<sup>25</sup>

Das russische Krisenverhalten hat schlaglichtartig all jene Phantasiegebilde *ad absurdum* geführt, die seit der Wahl Dmitri Medwedews zum russischen Präsidenten in westlichen Medien kursierten. Russlands Führung hat kollektiv, arbeitsteilig und erstaunlich kühl-berechnend gehandelt und die martialische Bewährungsprobe geschlossen bestanden. Mehr noch, durch die einseitige Fokussierung westlicher Kritik auf das völkerrechtswidrige Vorgehen der russischen Militärs in Georgien, ohne den georgischen Angriff zu verurteilen, gewann der neue Präsident, oder wenn man will, das Machttandem Putin – Medwedew, breite Zustimmung bei der russischen Bevölkerung – und das selbst bei eingefleischten Kritikern des Kreml.<sup>26</sup> Dennoch, die gewonnene innenpolitische Legitimation für das Vorgehen des Kreml steht auf einem Blatt. Wesentlich belastender für das Außenverhältnis, und darauf deuten viele Indikatoren, ist die spürbare Verhärtung und Abkapselung Moskaus gegenüber dem Westen, die bereits Züge eines selbst gewählten Isolationismus aufweist. Im gleichen Maße gewannen eurasische Trugbilder an Boden. Man kann nur hoffen, dass Europa eine ähnliche Debatte wie sie in den 1950er Jahren die USA in Bezug auf „*Who lost China?*“ erschütterte, erspart bleiben wird. Insofern wirkte der Georgienkrieg auf hinterlistige Weise gegen einen solchen Trend. Die EU ist *nolens volens* wieder zum Akteur in diesem Raum geworden und muss sich mit Russland arrangieren. Dass dies in Moskau auch so wahrgenommen wird, zeigt die Reaktion des Kremls auf den EU-Sondergipfel, der von ernsthaften Sanktionen absah. Brüssels Haltung wurde in Moskau als Indikator der Deeskalation interpretiert. Nun liegt es an der EU, denn Washington ist zu belastet, als dass es als Vermittler in diesem Raum fungieren könnte, die erzielte Übereinkunft hinsichtlich der Überwachung der Sicherheitszone hin durchzusetzen und eine geschlossene und feste Position bei der Entsendung und Kompetenz von Beobachtern und Friedenskongingenten im Rahmen der OSZE einzufordern.

Das Beharren der EU und die russische Zusage, an die 200 Beobachter der EU zur Überwachung der nochmals bestätigten 6-Punkte-Vereinbarung nach Kerngeorgien zu entsenden, war ein positiver Schritt zur Deeskalation und ein erster Vorstoß, neues Vertrauen aufzubauen. In diesem Zusammenhang hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU Fraktion im Bundestag und

Koordinator für die deutsch-russische zwischen-gesellschaftliche Zusammenarbeit Andreas Schockenhoff einen interessanten Gedanken aufgegriffen. Nicht nur sollte Moskau seine Haltung gegenüber seinen GUS-Nachbarn überdenken und regionale Kooperation auf der Basis von Gleichberechtigung vornehmen. „Zudem sollten zwischen der ESVP und Russland neue gemeinsame Mechanismen für multilaterales „Peace keeping“ und Vertrauensbildung entwickelt

werden“.<sup>27</sup> Dabei könnte der Kaukasus als Testfall erhalten, gemeinsame Bemühungen um regionale Sicherheit und Stabilität in die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union aufzunehmen. Und im Hinblick auf diese potentielle Konfliktzone *Zwischeneuropa* wäre wenigstens der Versuch es wert, Moskau beim Wort zu nehmen und Fragen einer gesamt-europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung aufzugreifen.

## Anmerkungen

- 1 Alexander Golts, The Failure of Realpolitik, in: The Moscow Times, 12. August 2008. Golts, Journalist und Militärexperte, kommentierte die Politik des Kreml und vor allem die russische Militärführung sehr kritisch. Aber im Falle des georgischen Angriffs auf Zchinwali sieht er Parallelen zum Bosnien-Konflikt. „Whatever the Georgian army has done is no different from the purported war crimes for which former Bosnian Serb leader Radovan Karadzic is now standing trial in The Hague. Serbian artillery stationed on the hills surrounding Sarajevo systematically destroyed the separatist capital. This is exactly what the Georgian army has done by taking positions overlooking Tskhinvali.“
- 2 Falk Bomsdorf, Der Krieg im Kaukasus kennt fast nur Verlierer, Friedrich Naumann Stiftung, Bericht, Moskau 13.08.2008. „Der Krieg wird in Russland gänzlich anders gesehen als im Westen. Diese Tatsache ist von ihren Wirkungen her kaum zu überschätzen. Der Grund für den Unterschied in der Wahrnehmung liegt darin, dass für die politische Führung wie auch ganz überwiegend für die politische Öffentlichkeit in Russland klar ist, was im Westen entweder nicht geglaubt oder verdrängt wird: Dass georgische schwere Artillerie (Raketenartillerie vom Typ „Grad“=Hagel) die südossetische Hauptstadt Zchinwali zerstört und dabei zahlreiche Bewohner (es ist die Rede von bis zu 2000 Opfern) getötet hat.“
- 3 Die georgische Armee ist seit 2004 modernisiert worden. Aus einer bunten Truppe ohne Disziplin, Waffen und Ausrüstungen ist innerhalb relativ kurzer Zeit durch israelische und amerikanische Ausbilder eine schlagkräftige Truppe gewachsen, die von den USA an die 200 Millionen US Dollar an Militärhilfe erhielt. Fast 100 Millionen Dollar zahlte zudem die Türkei. Israel modernisierte die georgische Luftwaffe. Siehe dazu: Nikolaus Busse, Sowjetischer Bewegungskrieg in Georgien, in FAZ 06.09.2008 und Alexander Golts, Don't Trust Politicians With War, in: The Moscow Times, 26.08.2008; Golts wies sehr früh darauf hin, dass die georgische Armee hinsichtlich des Einsatzes von Präzisionswaffen und Nachtsichtgeräten sogar der russischen Armee überlegen war. „The conflict also demonstrated that the military top brass runs the armed forces the same way they did in the 1970s. Its archaic structure prevents the military from conducting joint operations between all the branches of the armed forces under a unified command structure. The result is that land- and air-based forces operate completely independent of each other. It is anyone's guess why Tu-22 strategic bombers were used for reconnaissance purposes or for the strafing of tactical ground targets. It is also unclear why the Air Force was unable to foil Georgian anti-aircraft systems using electronic countermeasures; as a result, Georgia was able to shoot down a few Russian aircraft.“
- 4 Richard C. Holbrooke, Ronald D. Asmus, Russia Has Crossed the Line, in: The Moscow Times 13.08.2008; Richard Holbrooke war U.S.-Botschafter bei den Vereinten Nationen und Ronald D. Asmus fungierte als stellvertretender Außenminister in der Clinton Administration. Ein geeinter Westen muss der russischen Politik Einhalt gebieten, und für die Sicherheit der an Russland angrenzenden Länder Sorge tragen. Prophylaktisch wird auf den nächsten anstehenden Konflikt größeren Ausmaßes verwiesen, die Krimfrage und nachdrücklich die Aufnahme beider Staaten in die NATO gefordert. Die stereotype These von der imperialen Politik Russlands und der beschränkten Souveränität der GUS Staaten vertritt auch der frühere EU-Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten und ehemaliger Chef der britischen Tory-Partei Chris Patten, „Russia's leaders, like 19th-century tsars, want a sphere of influence around their borders. So far as they are concerned, the countries that were once part of the Russian empire in the Soviet Union should enjoy only limited sovereignty“. in: The Moscow Times, 25.08.2008.
- 5 Dieser Gedanke ist in einem Interview von Premierminister Putin zuerst beim amerikanischen Nachrichtensender CNN am 28.08.2008 angeschnitten und auch im ARD-Interview vom 29.08.2008 ausführlich wiederholt worden.

- 6 Dass Washington die politische Führung in Tbilissi vor einem Waffengang zur Rückgewinnung Südossetiens bereits Wochen zuvor gewarnt habe, behauptete der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium William Burns bei einer Anhörung vor dem Auswärtigen Ausschuss des Senats. Ein militärisches Vorgehen, so Burns, würde im Desaster enden und gäbe Moskau nur den Vorwand zur Intervention; Siehe dazu: FAZ, 19.09.2008, S. 5.
- 7 Panazee, (mystisches Allheilmittel)
- 8 Siehe dazu den Beitrag der amerikanischen Außenministerin Condoleezza Rice in der FAZ, 24.09.2008. In der Argumentation von Rice fällt wohltuend auf, dass Washington nach dem Desaster seiner Irakpolitik wieder von einem ganzen Europa spricht und nicht mehr die frühere Trennung zwischen „alten“ und „neuen“ Europa bemüht. Europa wurde wieder als Bundesgenossen für die Durchsetzung amerikanischer Interessen in Zwischeneuropa entdeckt und augenscheinlich für eigene Ziele vereinnahmt. Im Schatten der europäischen Vermittlerrolle im Kaukasus sucht Washington seine Ziele erneut zu erreichen. Insbesondere sieht Frau Rice gemeinsamen Handlungsbedarf in Sachen Ukraine. Ihre Message könnte nicht klarer sein: Gemeinsam muss abgewehrt werden, dass Russland sich gegen eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine durchsetzen kann und im gleichen Atemzug wird auch die Notwendigkeit betont, Georgien den Weg in die NATO zu öffnen.
- 9 Moskau wurde durch den militärischen Vorstoß Georgiens in eine Zwangslage versetzt: Entweder Südossetien aufzugeben und damit als Papiertiger in der GUS dekuviert zu werden oder aber den georgischen Vorstoß abzuwehren und nach Georgien einzudringen, um dort Militäranlagen zu vernichten und eine Pufferzone um Südossetien zu errichten. Letzteres war völkerrechtswidrig und löste den Protest der internationalen Staatengemeinschaft aus und dieser lenkte sowohl vom georgischen Vorgehen ab als er auch die Frage nach der Mitwisserschaft Washingtons von der Agenda verbannte.
- 10 Siehe das Paper von Heinrich Vogel, Der Erfahrene und die Krise im Kaukasus, August 2008
- 11 Anatol Lieven vom Londoner Kings College schlägt daher auch vor, dass Tbilissi endlich die bittere Realität anerkennen sollte, ähnlich wie es die Serben versuchen, dass beide Provinzen endgültig verloren sind. Ihre völkerrechtliche Anerkennung durch Tbilissi wäre ein Schritt zur Normalisierung der Beziehungen und ein wichtiger Faktor für die Befriedung des Kaukasus; in: The Moscow Times, 15.08.2008, S. 8.
- 12 Meldungen zufolge hat Russland bereits mit der abchasischen Führung die Errichtung von drei Militärbasen in Abchasien vereinbart in denen jeweils an die 3500 Mann stationiert werden.
- 13 Siehe: The Moscow Times, 29. 08.2008
- 14 Robert Kagan, Putin Makes his Move, in The Washington Post.com 11.08.2008, A15
- 15 Dass unmittelbar nach dem Krieg, also am 14. August 2008, die Stationierungsabkommen für die Komponenten des amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien unterschrieben wurden, die Washington in zähen und langwierigen Verhandlungen mit Prag und Warschau ausgehandelt hatte, unterstreicht auch die über den Kaukasus hinausweisende Dimension des Konfliktes. Besonders die polnische Regierung hatte mit Forderungen nach amerikanischer Militärhilfe und der Stationierung von Patriot-Luftabwehr-Raketen die Verhandlungen teilweise an den Rand des Scheiterns geführt, zumal eine gesellschaftliche Unterstützung für das amerikanische Projekt kaum ausreichend vorhanden war.
- 16 Diesen Gedanken unterstreicht auch erstaunlicherweise der russische Außenminister Lawrow, der die Überzeugung zum Ausdruck bringt, dass nur die gemeinsamen Anstrengungen von EU und Moskau zu einer Lösung des Kaukasuskonfliktes beitragen können. Bestätigung findet diese Annahme durch die Vereinbarungen zwischen der französischen Ratspräsidentschaft unter Nicolas Sarkozy und dem russischen Präsidenten Dimitri Medwedew, denen es gelang, die Kriegshandlungen zu beenden, die russischen Truppen zum endgültigen Abzug zu bewegen und sich über die Sicherheit Südossetiens und Abchasiens zu verständigen; in: FAZ, 15.09.2008.
- 17 Sergej Lawrow, Die Kaukasus-Krise und die Ukraine, in: FAZ 15.09.2008, S.8.
- 18 Siehe dazu Andrew C. Kuchins, Time to Treat Russia as a Partner, in: The Moscow Times, 22.09.2008. Kuchins, Direktor des Russia and Eurasia Programms am Center for Strategic and International Studies, erklärt die russische Reaktion gegen Georgien aus dem Kontext der westlichen Ausgrenzungspolitik der letzten Dekade. „The Kremlin perceives the Balkan war, NATO expansion, Kosovo independence and missile-defense deployment in Central Europe as having one thing in common -- the U.S. drive to flaunt its interests and ultimately contain if not weaken Russia's geopolitical position. During the administration of President Bill Clinton, Washington's strategy was to

- tell Moscow that these pro-U.S. measures were in Russia's interests. The Bush administration has harped on Russia's supposed obsession with zero-sum thinking, but the net result was the same -- the United States did what it wanted, and it did not take Russian interests seriously.“
- 19 „Wer den radikalen Wandel der Welt in den letzten Jahren verschlafen hat, für den waren die Handlungen Russlands tatsächlich eine Art „Weckruf“; Sergej Lawrow, FAZ 16.09.2008.
- 10 Sergej Lawrow in der FAZ, 15.09.2008
- 21 Siehe dazu das Geleitwort von Egon Bahr in: Schneider-Deters, W., Schulze P.W., Timmermann, H., Die Europäische Union, Russland und Eurasien, Berlin 2008.
- 22 Damit träfe aber ein „worst case“ Szenarium für den Kreml ein, behauptet Lylia Schewtsowa. „The worst nightmare for the Russian elite would be Georgia (and Ukraine) becoming full NATO members. NATO encirclement would be a serious threat for a state that defines itself through highly personalized power and a constant search for internal and external enemies. Putin and President Dmitry Medvedev cannot control the country without maintaining this image of Russia as a "besieged fortress." Lilia Shevtsova, The Kremlin's New Containment Policy, in: The Moscow Times, 18.08.2008.
- 23 Völlig abwegig und gegen die langfristigen Interessen der europäischen und vor allem deutschen Energieversorgung gerichtet, erscheint die Forderung einiger ideologischer Scharfmacher, das Gaspipelineprojekt North Stream einzustellen.
- 24 [http://www.n24.de/news/newsitem\\_4124582.html](http://www.n24.de/news/newsitem_4124582.html)
- 25 [http://www.ue2008.fr/PFUE/lang/de/accueil/PFUE-11\\_2008/PFUE-14.11.2008/CR\\_Sommet\\_UE\\_Russie](http://www.ue2008.fr/PFUE/lang/de/accueil/PFUE-11_2008/PFUE-14.11.2008/CR_Sommet_UE_Russie)
- 26 Lilia Shevtsova, The Kremlin's New Containment Policy, in: The Moscow Times, 18.08.2008. “The war has intensified a conservative backlash in Russia. The country is now highly unified against the West.“ Michael Gorbatschow sprach davon, dass Moskau unter Handlungsdruck gestellt wurde und gar keine andere Wahl hatte als militärisch einzugreifen. Gorbatschow vermutete auch, dass der Angriff Georgiens auf Südossetien mit Wissen Washingtons ausgeführt wurde. Er verneint imperiale, territoriale Interessen Russlands in diesem Raum und plädiert dafür, dass sich die internationale Staatengemeinschaft einsetzen sollte, im Kaukasus ein regionales Sicherheitssystem zu installieren; in: The Moscow News, Nr.32, 15-21.09.2008. Interessant scheint auch, dass die ca. 300.000 Menschen zählende georgische Gemeinde in Moskau sich in diesem Konflikt eher der russischen Version gegenüber aufgeschlossen zeigte als den Verlautbarungen aus Tbilissi; siehe dazu: The Moscow Times, 15.08.2008, S. 3.
- 27 Andrea Schockenhoff, Russlands Wahl: Partner oder Widerpart, in: FAZ 16.09.2008, S. 10.



[www.iilp.at](http://www.iilp.at)

Über die Sezessionskonflikte in Georgien ist soeben ein Buch, herausgegeben von unserem Institut, erschienen:



## Schriftenreihe zur internationalen Politik

### Band 1

Erich Reiter (Hg.)

### **Die Sezessionskonflikte in Georgien**

mit Beiträgen von: Klaus Becher - Gustav C. Gressel - Egbert Jahn - Jörg Himmelreich Iris Kempe - Eugene Kogan - Aschot Manutscharjan - Jürgen Schmidt Peter Schmidt - Peter W. Schulze - Andrei Zagorski

Das Buch umfasst eine Reihe von aufeinander abgestimmten Einzelstudien, die von anerkannten Experten im Rahmen eines Projektes zum Konfliktmanagement der Sezessionskonflikte in Georgien verfasst wurden. Dieses Projekt wurde im Auftrag des österreichischen Bundesministeriums für Landesverteidigung vom Internationalen Institut für Liberale Politik Wien durchgeführt.

Dargestellt wird die Entwicklung der Sezessionskonflikte Abchasien und Südossetien, die innere Entwicklung Georgiens, die Konfliktursachen, die Interessen und die Politik Russlands und der USA, der Energieaspekt und - als ein Schwerpunkt - die Möglichkeiten der EU zum Konfliktmanagement beizutragen. Weiters wird der Kriegsverlauf behandelt und eine strategische Bewertung der neuen Gegebenheiten vorgenommen. Schließlich kommen die verschiedenen Optionen über die Weiterentwicklung der Konflikte aufgrund des möglichen Verhaltens der Akteure zur Sprache.

Diese umfassende Darstellung ermöglicht ein besseres Verstehen der Sezessionskonflikte Abchasien und Südossetien.

Verlag: Böhlau

330 Seiten

ISBN 978-3-205-78325-1

### Bestelladresse:

Böhlau-Verlag  
Wiesingerstr. 1  
A-1010 Wien

Tel.: +43(01)330 24 27-0;

Fax: +43(01)330 24 32

[www.boehlau.at](http://www.boehlau.at)

## Die russische Politik nach dem Georgien-Krieg von 2008 Moskaus Politik zwischen der Verankerung des neuen Status quo und seiner weiteren Revision

---

### Die neue Ausgangslage nach dem Krieg

---

Der fünftägige Krieg im August 2008 hat keins der Probleme im russisch-georgischen Verhältnis behoben, die es vor dem Krieg belastet und seit 2006 zur Eskalation des Konfliktes maßgeblich beigetragen hatten. Dafür sind mit dem Krieg neue Probleme dazu gekommen, die die Regelung des Konfliktes zwischen Moskau und Tbilisi weiter verkomplizieren.

Durch seine militärische Intervention hat Russland Georgien den Erfolg beim Feldzug gegen die abtrünnige Provinz Südossetien untersagt, die in den georgischen Staat wieder eingegliedert werden sollte. Gleichzeitig hat Moskau seine **Positionen in beiden abtrünnigen** Provinzen – Südossetien und Abchasien – **konsolidiert und gestärkt**.

Der obere Teil des Kodori-Tals, der vor dem georgisch-abchasischen Konflikt Anfang 1990er Jahre innerhalb der administrativen Grenzen Abchasiens lag, nach dem Friedensabkommen von 1994 aber zur Sicherheitszone gehörte und von Tbilisi aus unter Verzicht auf militärische Präsenz verwaltet wurde, ist von Abchasien zurück erobert worden. Die dort seit Sommer 2006 ansässige georgische Exil-Regierung Abchasiens musste sich aus dem oberen Kodori-Tal zurück ziehen.

In Südossetien ist der Machtbereich der Moskautreuen Regierung von Zchinwali dadurch gestärkt worden, dass die georgischen beziehungsweise gemischten Siedlungen in der Provinz weitgehend geräumt, den Berichten zufolge teilweise zerstört worden sind. Die 2006 in diesen Siedlungen gewählte und von Tbilisi unterstützte alternative südossetische Regierung Dmitrij SANAKOJEWs ist geflohen. Sie hat inzwischen keine relevante Klientel mehr in der Provinz, weil die georgische Bevölkerung während des Krieges (den Berichten zufolge teilweise schon kurz vor dem Krieg) aus der Provinz geflohen ist.

Über die Zugehörigkeit einzelner georgischer Siedlungen an der Grenze zwischen Südossetien und Kern-Georgien wird zwar gestritten, grundsätzlich konnte aber Zchinwali seine

Verwaltung auf das ganze Territorium des ehemaligen autonomen Bezirkes ausweiten.

Mit der Anerkennung der Unabhängigkeit der beiden Provinzen am 26. August 2008 sowie durch gegenseitige Beistandsverpflichtung hat Moskau neue rechtliche Voraussetzungen für permanente Stationierung seiner Streitkräfte in beiden Provinzen geschaffen. Dies soll unter anderem Zchinwali und Suchumi vor wiederholten Wiedereingliederungsversuchen Georgiens schützen.

Darüber hinaus hat Russland im Krieg und in den Wochen danach die georgische militärische Infrastruktur in den wichtigsten Liegenschaften in der Nähe Südossetiens (GORI) und Abchasiens (SENAKI) weitgehend zerstört, schweres Gerät und andere Waffen teilweise vernichtet und teilweise als Kriegsbeute außer Lande gebracht. Damit waren die georgischen Truppen wenigstens vorübergehend für aktive Handlungen weitgehend unfähig gemacht. Die Zerstörung der militärischen Objekte und des schweren Geräts sollte ein erster Schritt in die Richtung einer tiefer greifenden **Entwaffnung Georgiens** sein. Diese war aber angesichts der Waffenruhe und des späteren Rückzugs der russischen Truppen aus dem Kernland Georgien unvollendet und rückte somit auf die politische Tagesordnung der russischen Politik in allen Gesprächen über die Konfliktregelung nach dem Krieg.

Das seit 2006 weiter greifende Ziel der russischen Politik aber – einen „Regimewechsel“ in Tbilisi herbeizuführen und den Präsidenten SAAKASCHWILI stürzen zu lassen, ist mit dem Krieg nicht erreicht worden. Trotz der zunehmenden Kritik in und außerhalb Georgiens scheint SAAKASCHWILI durch den Krieg innenpolitisch gestärkt worden zu sein. Seine öffentliche Unterstützung liegt bei 40 Prozent. Die Opposition bleibt aber gespalten und schwach. Der einzige Oppositionsführer, der eine vergleichbare politische Unterstützung genießt – der ehemalige Verteidigungsminister OKRUASCHVILI – sitzt im Pariser Exil. SAAKASCHWILI scheint sich gleichzeitig fast uneingeschränkt auf das georgische Militär,

Polizei- und Sicherheitskräfte verlassen und stützen zu können.

Auch unter der Voraussetzung, dass SAAKA-SCHWILI gehen sollte, wie das wiederholt von Russland erhofft und gefordert wurde, kann Moskau kaum mit der Wahl eines neuen Präsidenten und einer Regierung Georgiens rechnen, die eine Moskau gegenüber „freundlichere“ Politik verfolgen würden. Der jüngste Krieg hat eine Hypothek hinterlassen, die das bilaterale Verhältnis auf beiden Seiten noch lange belasten wird.

Das politische Fazit des Krieges aus der Perspektive Moskaus ist mehr als ernüchternd: Georgien gehört unter dem Verlust von beiden abtrünnigen Provinzen **nicht länger zum Machtbereich Russlands**. Dieses Ergebnis wurde mit einer symbolischen Akte von Tbilisi besiegelt, das im Sommer 2008 den Austritt Georgiens aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten beantragt hat.

Der Krieg hat entgegen der Hochrechnung Moskaus keine grundsätzliche Wende in der

Kernfrage des russisch-georgischen Konfliktes herbeigeführt – der eines **eventuellen NATO-Beitritts Georgiens**.

Zwar nimmt innerhalb der Allianz die Kritik an der Staatsführung in Tbilisi und an den Zuständen in der georgischen Armee zu und die Bereitschaft insbesondere einer Reihe europäischer Bündnispartner eher ab, einen offenen Konflikt mit Russland in die Allianz zu importieren, soll die Kooperation mit der NATO im Rahmen eines jüngst eingerichteten gemeinsamen Ausschusses intensiviert werden.

Ohne Georgien offiziell zur Unterschreibung eines Aktionsplanes zur Beitrittsvorbereitung (Membership Action Plan – MAP) einzuladen – die Aussicht auf einen solchen Plan wurde in den letzten Jahren zur umstrittensten Frage im Verhältnis zwischen Russland und der NATO in Bezug auf Georgien – soll der neue Ausschuss durch die Umsetzung spezifischer Aktionspläne die Vorbereitung Georgiens an einen eventuellen Beitritt zur Allianz vorbereiten, ohne aber diesen zu präjudizieren oder eine baldige Beitrittsperspektive zu eröffnen.

---

### Wiederaufrüstung Georgiens

---

Darüber hinaus soll Georgien für die mangelnde Solidarität seitens der Allianz mit einem Hilfspaket zum Wiederaufbau seiner im Krieg zu Schaden gekommenen militärischen und zivilen Infrastruktur sowie zur Neuausrüstung seiner Streitkräfte entgolten werden, der sich auf das Mehrfache der maximalen Schätzungen des durch den Krieg entstandenen Schadens beläuft.

Dies wiederum schürt die Ängste auf der russischen Seite, dass die durch den Krieg und kurz danach zerstörte militärische Infrastruktur und die Streitkräfte Georgiens bald wieder intakt und kampffähig sind. Die Möglichkeit einer relativ zügigen Wiederaufrüstung Georgiens könnte einen weiteren Gewinn Russlands aus dem Krieg relativieren.

Der fünftägige Krieg hat auch **weitergehende international-politische Konsequenzen** für die Politik Russlands ausgelöst. Das trotz der Tatsache, dass die westlichen Staaten (die Europäische Union, inzwischen auch die NATO sowie zunehmend die USA) bald nach der Einstellung der Kampfhandlungen und nach dem Rückzug der russischen Truppen aus dem Kernland Georgien zu ihren Tagesgeschäften zurückgekehrt sind.

Der Anspruch Russlands auf die federführende Rolle (manchmal auf das Monopol)

bei der Konfliktregelung und Friedenserhaltung in der ehemaligen Sowjetunion ist mit dem Krieg, erst recht aber mit der Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens auch innerhalb der GUS in Frage gestellt worden. So musste Moskau unter anderem dringende Schritte unternehmen, um negative Rückwirkungen seines Georgien-Krieges auf die Entwicklungen in den „eingefrorenen“ Konflikten in Moldova (Transnistrien) und zwischen Armenien und Aserbaidschan um die armenische Exklave Berg-Karabach zu vermeiden.

Viel bedeutsamer ist aber für Moskau, dass es mit dem Krieg sein in den letzten Jahren vehement gegen alle Internationalisierungsversuche von Tbilisi verteidigtes **Monopol auf die Friedenserhaltung** in Abchasien und Südossetien sowie auf die **federführende Rolle bei allen Konfliktregelungsgesprächen** der beiden Provinzen mit Georgien **endgültig eingebüßt** hat.

Neben dem angeblich innerhalb der Moskauer Führung im August 2008 ausgehandelten Kompromiss – der Verzicht auf die Weiterführung des Krieges sollte durch die Anerkennung von Abchasien und Südossetien abgegolten werden – war die Anerkennung der Unabhängigkeit der letzteren inzwischen die

einzig verbleibende Möglichkeit, die militärische Präsenz Russlands in den beiden Provinzen aufgrund von bilateralen Abkommen zu behalten. Denn die frühere, seit Beginn der 1990er Jahre bestandene Grundlage für den Aufenthalt russischer Friedenstruppen in Georgien war mit dem Krieg zerstört.

Auch die früher von Russland dominierten Rahmen der internationalen Konfliktregelung in Abchasien und Südossetien sind dem Krieg zu Opfer gefallen und durch einen neuen internationalen Rahmen ersetzt worden. Die Moderatoren der im Oktober 2008 in Genf aufgenommenen Gespräche – die EU, die OSZE und die VN – sehen ihre Aufgabe eher darin, in einem Konflikt zwischen Russland und Georgien zu vermitteln.

Moskau musste sich nun an die neue Lage anpassen, unter anderem an die Stationierung

der Beobachtermission der Europäischen Union in Georgien (EUMM), deren Mandat und Aktivitäten Moskau nur indirekt beeinflussen kann<sup>1</sup>. Somit **ist die EU zum ersten Mal** – weitgehend durch die Entwicklungen getrieben – **direkt in die militärische Beobachtung sowie in die Konfliktregelung im postsowjetischen Raum eingestiegen**<sup>2</sup>.

Neben dem graduellen von Moskau betriebenen Abbau der Beobachterrolle der OSZE und der Vereinten Nationen in Abchasien und Südossetien schaffen diese Entwicklungen eine völlig neue Lage im Südkaukasus und in der GUS, an die sich Moskau noch anzupassen hat. Russland bleibt zwar eine Schlüsselfigur bei allen Konfliktregelungsgesprächen, seine Rolle hat sich aber von einer eines federführenden Schiedsrichters in eine andere – die einer Konfliktpartei – transformiert.

---

### Die Verankerung des neuen Status quo: ein Zypern-Modell für Georgien?

---

Mit dem Krieg im August 2008, aber erst recht mit der einseitigen Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens durch Russland<sup>3</sup> sind Veränderungen in der Lage in und um Georgien eingetreten, die die Rückkehr zum *Status quo ante bellum* nun unmöglich machen. Ohne zu erwarten, dass die beiden Provinzen bald eine breite Anerkennung in der internationalen Staatengemeinschaft finden, verfolgt Moskau die Politik der Verankerung des neuen Status quo.

Diese Politik entfaltet sich in unterschiedliche Richtungen, geht aber von zwei Grundprämissen aus. Sie:

- schließt Kompromisse in der Status-Frage von Abchasien und Südossetien aus und
- sucht es zu vermeiden, dass die mageren Gewinne aus dem jüngsten Krieg mit Georgien in Verhandlungen mit dem Westen auf politischem Wege rückgängig gemacht werden.

1. Zum einen investiert Russland nicht nur in den Wiederaufbau vom im Krieg zerstörten Zchinwali sondern auch in den Staatsaufbau insbesondere in Südossetien, wo die lokale Verwaltung weitgehend ineffizient und seit langem auf die finanzielle Unterstützung aus Moskau und auf Schmuggelgeschäfte angewiesen ist. Beamte aus Russland sollen nicht allein die Zentrale Verwaltung, sondern auch die auf der kommunalen Ebene aufbauen helfen.

Es geht dabei auch um die stärkere Anbindung an und die Integration der beiden Provinzen mit Russland, die auf längere Sicht unter dem

Protektorat Russlands bleiben sollen. Die Lösung der Aufgabe bleibt trotz der Vorarbeit, die noch vor dem Krieg geleistet worden ist, insbesondere im Fall Südossetiens schwierig, weil die Verbindungs- beziehungsweise Versorgungswege über die Kaukasus-Berge, die die Provinz von der russischen Republik Nordossetien (Alania) trennen, sehr kompliziert und insbesondere im Winter sehr wetterabhängig sind. Im Unterschied zu Abchasien gibt es keine direkte Eisenbahnverbindung zwischen Russland und Südossetien.

Besondere Aufmerksamkeit wird dem Ausbau der gemeinsamen Verteidigung mit beiden Provinzen geschenkt, die durch die in diesem Sinne identische im September 2008 abgeschlossene Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand<sup>4</sup> sowie im Detail durch begleitende Abkommen geregelt wird.

Beide Verträge gehen von der klassischen Konsultationspflicht aus, sollte eine der Vertragsparteien eine akute Sicherheitsbedrohung empfinden, sie enthalten auch eine gegenseitige Beistandsverpflichtung (Artikel 3). Artikel 5 geben beiden Parteien das Recht zum Auf-, Ausbau und Nutzung militärischer Infrastruktur und militärischer Stützpunkte auf dem Territorium der anderen Partei. Diese Artikel haben inzwischen die neue rechtliche Grundlage für permanente Präsenz der russischen Truppen in beiden Provinzen (mit der derzeit angegebenen Stärke von 3 700 Mann in beiden Entitäten) geschaffen.

Weiters geben die beiden Beistandsverträge grünes Licht für den Ausbau militärischer Kooperation der Parteien sowie sehen gemeinsamen Grenzschutz vor (Artikel 5 und 7). Insbesondere im Fall Südossetiens, aber auch in Abchasien bedeutet dies, dass deren Grenzen zu Georgien von russischen Truppen abgesichert sind, die inzwischen diese Grenzen für den Fall eines erneuten Krieges fortifiziert haben sollen.

Abchasien und Südossetien verpflichteten sich jeweils auch in Artikeln 6, keinen gegen Russland gerichteten Bündnissen beizutreten, was auch als eine „Anti-NATO“ Klausel gilt.

Die bilateralen Beziehungen Moskaus mit Abchasien und Südossetien lassen sich gleichzeitig aber nicht ganz identisch gestalten. Südossetien hat seit Langem der Option eines Beitritts zu Russland den Vorzug gegeben, sei es als eine neue Republik oder durch einen Beitritt zu Nordossetien (Alania)<sup>5</sup>. Die Führung Abchasiens dagegen hielt immer die Option der Verankerung der eigenen unabhängigen Staatlichkeit offen und zielt offensichtlich darauf ab, dem Protektorat Russlands nach Möglichkeit engere Grenzen zu setzen.

2. Moskau hat in den letzten Monaten nicht sehr aktiv auf die Anerkennung der beiden Entitäten durch andere Staaten gedrängt und hat sich weitgehend mit dem einseitigen Schritt in diese Richtung begnügt, es vermeidet konsequent jegliche Kompromisse, die deren Unabhängigkeit in Frage stellen würden. Es bemüht sich statt dessen hartnäckig um die **Respektierung des neuen Status quo durch die internationale Staatengemeinschaft**.

So besteht Russland darauf, dass Vertreter Abchasiens und Südossetiens zu den relevanten Sitzungen der internationalen Gremien und insbesondere denen des Weltsicherheitsrates und der OSZE eingeladen sind, wo die sie betreffenden Fragen auf der Tagesordnung stehen. Moskau schien entschlossen zu sein, die Eröffnung der Gespräche in Genf zur Regelung des Konfliktes scheitern zu lassen, wenn die beiden Entitäten nicht daran teilnehmen durften, und zwar in eigenständiger Kapazität. Jedenfalls lag Moskau nicht weniger an der eigenständigen Vertretung der beiden Provinzen in Genfer Gesprächen, als es Georgien an deren Nichtzulassung lag.

In einem zweiten Abkommen zwischen den russischen und französischen Präsidenten Dmitrij MEDWEDEW und Nicolas SARKOZI am 8. September 2008 wurde vereinbart, dass

die Beobachter der VN und die OSZE-Mission ungehindert in früherer Stärke ihre Tätigkeit im Rahmen ihrer ursprünglichen Mandate, das heißt auch auf dem Territorium von Abchasien (die Vereinten Nationen) und Südossetien (die OSZE) fortsetzen sollen. Es sei denn ihre Mandate würden jeweils vom Weltsicherheitsrat und von der OSZE revidiert<sup>6</sup>.

Moskau änderte aber bald die Taktik und suchte durchzusetzen, dass internationale Beobachter nur in die Entitäten zugelassen sind, wenn sie nichts mehr mit den jeweiligen Missionen in Georgien zu tun haben. So sollen die Beobachter der VN Abchasien nur besuchen dürfen, wenn die UNOMIG in eine Mission in Abchasien verwandelt (umbenannt) worden wäre. Eine ähnliche Forderung galt der OSZE-Mission in Georgien. Außerdem sollen die Modalitäten der Präsenz der jeweiligen Missionen nicht mit Moskau sondern direkt mit den Regierungen der beiden Entitäten verhandelt werden.

Aus diesem Grunde konnte man sich im Oktober 2008 im Weltsicherheitsrat nicht auf die Fortschreibung des Mandats von UNMIG einigen. Die Beobachtermission der VN wurde nur technisch bis Mitte Februar fortgesetzt. Im Dezember 2008 war Moskau nicht mehr bereit, der Verlängerung des Mandats der OSZE-Mission in Georgien – auch auf der Grundlage einer von Finnland vorgeschlagenen Kompromissformel – zuzustimmen, was den kompletten Rückzug der Mission aus Georgien zu Beginn 2009 zur Konsequenz hat. In der OSZE geht man davon aus, dass in den ersten drei Monaten von 2009 in Wien vielleicht doch noch eine Kompromisslösung erreichbar und somit die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Mission möglich wäre. Das Gegenteil scheint aber eher wahrscheinlicher – der Rückzug nicht nur der OSZE, sondern auch der der UNMIG nach dem Februar 2009.

3. Russland, Abchasien und Südossetien verschieben die Diskussion über praktische Fragen der **Rückkehr der Flüchtlinge** in ihre Heimatorte auf einen späteren Zeitpunkt – bis die nicht näher beschriebenen Voraussetzungen dafür geschaffen sind<sup>7</sup>. Dabei unterscheiden sich allerdings die Ansätze Abchasiens und Südossetiens wesentlich, weil auch die Zahl der georgischen Flüchtlinge aus den zwei Entitäten sehr unterschiedlich ist. Mächten Georgier in Abchasien zu Beginn der 1990er Jahre die Mehrheit der Bevölkerung aus, waren sie in Südossetien dagegen eine Minderheit.

Abchasien ist nicht bereit (das war es auch vor dem jüngsten Kriegsausbruch nicht), in absehbarer Zeit über die Rückkehr der Flüchtlinge zu reden bis auf die Georgier, die bereits in den Grenzbezirk GALI zurückgekehrt sind. Suchumi besteht darauf, dass zuerst die wirtschaftlichen, sozialen und die auf die Sicherheit bezogenen Voraussetzungen der Zurückkehrenden geschaffen werden sollen. Nicht zuletzt gilt die Normalisierung der Beziehungen mit Georgien, die eine Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasiens mit impliziert, als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Rückkehr der Flüchtlinge. Angesichts der mangelnden Bereitschaft Georgiens, diese Forderung zu akzeptieren, verschiebt sich die eventuelle Umsetzung des Rückkehrrechts in eine unabsehbare Zukunft.

Zchinwali anerkennt das Rückkehrrecht der Flüchtlinge, aber nur unter der Voraussetzung, dass die zurückkehrenden Georgier die Staatsangehörigkeit Südossetiens annehmen und dass die internationale Staatengemeinschaft die in der Entität stationierten russischen Streitkräfte als Garant von deren Sicherheit anerkennt<sup>8</sup>. Die letztere Forderung soll insbesondere der Forderung Georgiens gegenüber stehen, die russischen Streitkräfte sollen sich auf die Positionen vor Kriegsausbruch zurückziehen, wie es im ersten MEDWEDEW-SARKOZI Abkommen vom 12. August 2008 vorgesehen war.

**4. Wie in den ersten Tagen nach dem Ausbruch des Krieges setzt Moskau die Politik der Stigmatisierung der georgischen Regierung von SAAKASCHWILI fort.**

Moskau besteht auf der Qualifizierung der Offensive der georgischen Streitkräfte auf Zchinwali in der Nacht am 7. August 2008 als einer Aggression und verzichtet weiterhin auf jeglichen Kontakt mit dem Präsidenten Georgiens, der als Verbrecher abgestempelt wird.

Damit wird unter anderem die Forderung begründet, dass gegen Georgien ein strenges Waffenembargo verhängt werden und dass es allein zum Objekt der internationalen Beobachtung gemacht werden soll, damit einer wiederholten Aggression gegen Südossetien und/oder Abchasien vorgebeugt werde. Jegliche Hilfe für Georgien seitens der EU und/oder der NATO und den USA wird als eine Belohnung des Aggressors hingestellt, der Wiederaufbau der militärischen Infrastruktur und die Wiederbewaffnung der Streitkräfte Georgiens gar als die Vorbereitung einer erneuten Aggression.

Nicht zuletzt soll aber diese Politik dem Ziel dienen, die Nordatlantische Allianz und die Europäische Union von einer weiteren Annäherung Georgiens an die beiden Organisationen abzuhalten.

**5. Die Europäische Union, die sich im Sommer 2008 aktiv als Krisenmanager im Konflikt zwischen Russland und Georgien engagiert hatte und als Garant des Gewaltverzichts aufgetreten war<sup>9</sup>, soll in die Rolle des Garanten des neuen *Status quo* verwiesen werden.**

Die EUMM, die nach der Vereinbarung von MEDWEDEW und SARKOZI vom 8. September 2008 allein in der Pufferzone im Kernland Georgiens, nicht aber in Südossetien und Abchasien stationiert werden sollte<sup>10</sup>, soll nach den Moskauer Vorstellungen nicht nur die Aktivitäten der georgischen Streit- beziehungsweise Sicherheits- und Polizeikräfte in den Grenzgebieten beobachten, sondern auch sicherstellen, dass von der georgischen Seite keine Gewaltanwendung vorbereitet wird. Für die Sicherheit in Abchasien und Südossetien sollen ausschließlich die dort stationierten russischen Truppen bürden.

Ein ähnlicher Ansatz gilt auch für die Behandlung der zurückkehrenden Flüchtlinge. Moskau und Zchinwali sprechen der EUMM jegliche Rolle in der Beobachtung beziehungsweise Betreuung der Zurückkehrenden in beiden Entitäten ab. Für ihre Sicherheit sollen allein die russischen Truppen sowie die örtlichen Behörden sorgen.

Die Beschränkung der EUMM auf die Rolle eines passiven Beobachters sowie die – zu Beginn ihrer Operation – mangelnde Zusammenarbeit in der Bearbeitung der regelmäßigen Zwischenfälle haben schon im Herbst 2008 öffentliche Kritik auf der russischen Seite ausgelöst.

In Moskau wird immer wieder die politische Rolle der Europäischen Union und insbesondere die des französischen Ratspräsidenten SARKOZI positiv betont. Auch die sich anbahnende Kooperation zwischen der EUMM und den russischen Streitkräften in der Nachverfolgung der häufigen Zwischenfälle in der Sicherheitszone sowie die Fortschritte in der Besprechung eines alle Parteien einbeziehenden Mechanismus zur regelmäßigen Beratung über die Sicherheitslage und gemeinsame Aufklärung der dringenden Fälle sorgen für einen grundsätzlichen Optimismus.

Doch es besteht weiter das Potential einer Verstimmung zwischen Russland und der EU hinsichtlich der Rolle der letzteren, sollte die EU den Erwartungen in Moskau nicht entsprechen (und die EU beabsichtigt offensichtlich nicht,

die neutrale Position eines Beobachters im Konfliktgebiet zu verlassen) und sich nicht schwerpunktmäßig auf die Unterbindung der Aktivitäten der georgischen Truppen und Sicherheitskräfte in der Pufferzone konzentrieren.

---

### Potential für eine Revision des neuen Status quo

---

Die Russische Föderation ist inzwischen damit beschäftigt, den neuen Status quo in Georgien zu verankern und von Anderen respektieren, wenn nicht unbedingt anerkennen zu lassen. Doch die nach dem Krieg entstandene neue – aus der Perspektive Moskaus alles andere als zufriedenstellende – Situation, sowie die Neuentwicklungen aus der Nachkriegszeit machen die Annahme legitim, dass die russische Politik sich in absehbarer Zeit wandeln kann. Sie kann sich eventuell für eine weitere Revision des Status quo öffnen und zwar eventuell in völlig unterschiedliche Richtungen.

Die Politik Moskaus kann sich auf der einen Seite weiter verhärten, so dass nach einer Reihe von realen oder angeblichen Konflikten in der Pufferzone und einer Eskalation ein neuer Krieg zwischen Russland und Georgien möglich wird. Diese Möglichkeit wird gegenwärtig von Experten in Moskau auch für das Jahr 2009 nicht ausgeschlossen. In einem neuen Krieg sollten dann die in den jüngsten bewaffneten Auseinandersetzungen nicht umgesetzten Ziele vollendet werden, damit Georgien nach Möglichkeit in den russischen Machtbereich zurück versetzt ist.

In einem eher unwahrscheinlichen Fall aber ist theoretisch auch ein anderer Wandel in der russischen Politik und die Bereitschaft zu einer Regelung der Konflikte Georgiens mit Abchasien und Südossetien durch deren Rückkehr in einen gemeinsamen Staat mit Georgien nicht ganz ausgeschlossen.

Dafür sprechen die nach dem August-Krieg wieder aufgenommenen Kontakte mit Vertretern der politischen Opposition in Georgien. Insbesondere die Führungspersonlichkeiten der *Labour-Partei Georgiens* (Schalwa NATELASCHWILI) und der Partei „*Georgische Politik*“ (Gotscha PIPIA) pflegen Kontakt zu politischen Kreisen in Moskau und werben zu Hause dafür, dass Georgien auf den NATO-Beitritt verzichten und sich zu einem neutralen Staat erklären soll. Dadurch verspricht man sich die Wiederherstellung der territorialen Integrität (die Rückkehr der verloren gegangenen Territorien), der Handelsbeziehungen und der Freizügigkeit im Verhältnis zu Russland. Zwar erwecken offizielle Stellen in

Moskau keinen Verdacht, dass die Regierung Russlands auf ein solches Geschäft einzugehen bereit wäre, aber dennoch laufen diese Kontakte teilweise über die semi-offizielle „*Öffentliche Kammer*“ Russlands.

Doch diese Evolution der russischen Politik bleibt aus mehreren Gründen wenig wahrscheinlich. Die oben genannten Vertreter der Opposition können auch im Falle eines Sturzes von SAAKASCHWILI kaum den Anspruch erheben, die Politik Georgiens zu bestimmen. Schalwa NATELASCHWILI kandidierte zwar bei Präsidentschaftswahlen in Georgien im Januar 2008 und bekam 6,5% der Stimmen, keine von beiden Parteien ist aber nach den Wahlen vom April 2008 mehr im Parlament vertreten.

Aber auch die bereits stattgefundenene Anerkennung Abchasiens und Südossetiens macht eine schnelle Umkehr in der russischen Politik äußerst schwierig, nicht zuletzt weil eine solche Wende kein Verständnis in Suchumi und Zchinwali finden können. Man wäre zwar bereit, im Falle eines Machtwechsels in Georgien mit bestimmten gegenwärtigen Oppositionspolitikern zu reden – so ist der nach Georgien zurückgekehrte ehemalige Botschafter Georgiens in den Vereinten Nationen ALASANIA als gemeinsamer Kandidat der Republikanischen Partei und der „neuen Rechten“<sup>11</sup> ein Wunschkandidat Abchasiens, aber kein Partner für Gespräche über die Aufgabe der Unabhängigkeit.

Viel wahrscheinlicher erscheint die Option erneuter Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Georgien, deren Ziel es sein könnte, einen Sturz von SAAKASCHWILI zu fördern, der sonst nach den Präsidentschaftswahlen von 2008 bis 2013 im Amt bleiben kann, in einem Versuch, weiteres Abdriften Georgiens aus dem Machtbereich Russlands und seine Annäherung an die NATO und die Europäische Union aufzuhalten.

Eine in diesem Fall nicht unwahrscheinliche Integration (Eingliederung) von Südossetien in die Russische Föderation wäre mit diesen Entwicklungen immer wahrscheinlicher, würde aber den neuen Status quo nicht wesentlich verändern, denn inzwischen ist Südossetien schon weitgehend von Russland integriert worden.

Eine wesentlichere Revision des Status quo, oder ein Versuch, ihn zu verändern, wäre aber die Option (keine unwahrscheinliche), wenn die Entwicklungen in Georgien und in der georgischen Politik auf eine aus Moskauer Sicht völlig unzufrieden stellende Weise verlaufen. Als Auslöser für eine Verhärtung der Politik Moskaus gelten dabei:

- Das (eher wahrscheinliche) Scheitern der oppositionellen Kräfte, den Präsidenten SAAKASCHWILI zu stürzen
- Der (eher wahrscheinliche) Wiederaufbau der militärischen Infrastruktur Georgiens und die Wiederherstellung der Kampffähigkeit seiner Armee, sowie
- Eine offensichtliche Anbindung Georgiens an die NATO und/oder die EU

Die letzte Voraussetzung gilt in kurzfristiger Perspektive als eher unwahrscheinlich, obwohl bestimmte Entwicklungen in Moskau zunehmend mit Sorge beobachtet werden. So das Versprechen der EU, über die Ostpartnerschaft die ENP-Staaten stärker integrieren zu wollen, die Einsetzung des Ausschusses Georgien–NATO, sowie die Unterzeichnung der Sicherheitscharta von Georgien und den USA im Januar 2009.

Trotzdem besteht auf Moskauer Seite eine deutliche Absicht, die Festlegung der Politik der neuen US-Regierung von Barak OBAMA abwarten zu wollen, denn man verspricht sich von dieser Regierung nicht nur eine Zurückstellung der Pläne der Heranführung Georgiens (und der der Ukraine) an die NATO, sondern auch eine deutliche Abkehr von der Unterstützung von Saakaschwili und die Bereitschaft, einen Regimewechsel in Georgien zu unterstützen.

---

#### Fazit

---

Die Politik der Russischen Föderation ist mittlerweile schwerpunktmäßig auf die Verankerung des neuen, nach dem August-Krieg entstandenen Status quo ausgerichtet. Diese Politik zielt in erster Linie auf die Konsolidierung der eigenen Staatlichkeit in Abchasien und Südossetien sowie auf die stärkere Anbindung der beiden Entitäten an Russland. Diese Politik soll auch die Verstärkung der russischen militärischen Präsenz in der Region ermöglichen.

Der neue Status quo soll von allen relevanten Akteuren ungeachtet des veränderten internationalen Rahmens für die Beobachtung der Waffenruhe und für die Konfliktregelung respektiert, wenn nicht anerkannt werden.

Ein eventueller Wandel und eine Revision dieser Politik ist nicht undenkbar, aber auch

nicht sehr wahrscheinlich. Wenn eine Revision geschehen sollte, so liefe sie eher auf eine erneute Zuspitzung und Eskalation der Auseinandersetzungen mit Georgien mit der hohen Eventualität einen neuen Krieges hinaus. Ein Ausbleiben des Machtwechsels in Georgien sowie die „Wiederaufrüstung“ des Landes und seine offensichtliche Annäherung an die NATO und/oder die Europäischen Union würden eine solche Revision der russischen Politik wahrscheinlicher machen können. Denn eine solche Annäherung würde aus russischer Sicht ein endgültiges Abdriften Georgiens in den „westlichen Machtbereich“ bedeuten.

Eine Konsequenz dieser Politik wäre die Entscheidung, Südossetien endgültig in die Russische Föderation einzugliedern und somit die Aufteilung Georgiens in die unterschiedlichen Machtbereiche zu vollenden.

#### **Anmerkungen:**

- 1 Ursprünglich wollte Moskau die EUMM unter ein Mandat der OSZE stellen, was Russland einen Hebel bei der Entscheidung über die Aufgaben sowie über den weiteren Verbleib der Mission gegeben hätte. Nachdem dieser Versuch gescheitert war konnte Moskau die Aktivitäten der EUMM nur indirekt durch die Einschränkung seines Wirkungsbereiches auf das Kernland Georgiens sowie durch die Nichtzulassung der EU-Beobachter auf das Territorium Abchasiens und Südossetiens beeinflussen.
- 2 Die Europäische Union hat seit 2002 den Status eines der fünf Vermittler im Konflikt in Transnistrien in Moldova, beteiligte sich noch vor dem Krieg auch an den Sitzungen der Gemeinsamen Kontrollkommission für Südossetien, aber in erster Linie mit dem Mandat, das weitgehend auf die Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus beschränkt war. Sonst war die EU in den Konfliktgebieten im Südkaukasus durch ihren Sonderbeauftragten Peter Semneby eher begleitend vertreten – bis auf einen Versuch einer direkten Vermittlung zwischen Georgien, Moskau, Suchumi und Zchinwali, der im Juli 2008 unter anderem in Abstimmung in der EU und mit den USA vom Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier unternommen worden war.

- 
- 3 Bisher allein von Nicaragua gefolgt.
  - 4 Beide Texte sind auf Russisch von der Webseite des russischen Präsidialamtes abrufbar: <http://www.kremlin.ru/text/docs/2008/09/206583.shtml> für Abchasien (zuletzt abgerufen a, 7. November 2008) und <http://www.kremlin.ru/text/docs/2008/09/206582.shtml> für Südossetien (zuletzt abgerufen a, 7. November 2008).
  - 5 Unmittelbar nach der Unabhängigkeitsanerkennung hielt Moskau diese Option für bestenfalls politisch nicht vertretbar und rief die Führung Südossetiens immer wieder zur Zurückhaltung auf. Diese Option ist aber in Zukunft nicht unmöglich trotz der Tatsache, dass viele Gouverneure der nordkaukasischen Republiken Russlands und insbesondere in Nordossetien sich von dieser Perspektive nicht gerade begeistern lassen.
  - 6 Punkt 2, Absatz 2 der Vereinbarungen vom 8. September, deren russischer Text von <http://www.kremlin.ru/events/articles/2008/08/205061/206279.shtml> abrufbar ist (zuletzt abgerufen am 7. November 2008).
  - 7 Vgl. die Stellungnahme des Außenministeriums Russlands am 15. Dezember 2008 vor der Eröffnung der dritten Runde der Genfer Gespräche (17.-18. Dezember 2008) auf: <http://www.mid.ru/ns-actt.nsf/c5506fd21677ea96c3257364003e3cf9/c325736400347783c32575200031bab2?OpenDocument> (abgerufen am 22. Dezember 2008).
  - 8 Chawa Dačaeva, V Cchiniwali gotovy prin'at' gruzinskich bežencev (In Zchinwali ist man bereit, georgische Flüchtlinge zu empfangen), in: *Gazeta* (Moskau), 19. Dezember 2008.
  - 9 Punkt 2, Paragraph 4 der Medwedew–Sarkozi Vereinbarungen vom 8. September 2008. Vgl. Anmerkung 5.
  - 10 Punkt 2, Paragraph 3 der Medwedew–Sarkozi Vereinbarungen vom 8. September 2008. Vgl. Anmerkung 5.
  - 11 Mit den „Neuen Rechten“ pflegte Moskau auch Kontakte vor dem Krieg.

## Can the Georgian Conflict be Solved?

---

### Introduction: the Current State of Affairs

---

The August 2008 war between RUSSIA and GEORGIA over SOUTH OSSETIA and ABKHAZIA has left Georgia in tatters. Militarily Georgia was humiliated, the political cost is not yet known, although the government of President Mikhail SAAKASHVILI has so far survived and continues to govern. For how long, remains a question open for debate. Economically Georgia is facing a hard winter and perhaps a serious wave of discontent.<sup>1</sup> Although Georgians asks themselves whether the war with Russia was avoidable, the question has little relevance to the post-war situation. The most difficult question that the government of Georgia should ask itself is what can be done about territorial integrity of Georgia? Is it as the government of Russia unofficially stated *'e passé'* after annexation of South Ossetia and Abkhazia or is there a chance of having a unified Georgia in the not-too-distant future?

So far, the European Union (EU) has not accepted the unofficial line coming from Moscow; however, Moscow is not concerned with statements originating in Brussels. Moscow does what it deems necessary to protect its own interests and scorns any rhetorical reaction from Brussels. Furthermore, Moscow is well aware of the EU military, economic and political impotence versus Russia with regard to the issue of Georgia. The dependence of the EU on Russia for energy security makes things worse. The Russian leadership also knows that the EU leadership, after a short break in relations, decided to return to normal relations with Russia, known as *'business as usual'*. Although leaders of Poland and Lithuania in particular were not and still are not happy with the stand of the rest of the EU member states, they have very limited leverage over decisions made in Brussels.<sup>2</sup> To conclude and put it bluntly, if the West at large and the EU in particular would like to stand its ground against Russia it needs to stop the internal bickering and provide a united front on policy. Furthermore, it should prepare a coherent and long term energy policy agenda that is independent of Moscow. Thus far, Moscow's energy policy has held the EU at gunpoint and made it an energy junkie. Backing words with deeds means that the EU is able to impose, if it decides so, economic

sanctions and maintain diplomatic pressure for as long as it takes. Otherwise the West at large will not be taken seriously by Russia and the Russian policy of divide and rule over the EU will continue to be followed.

In addition to the EU, North Atlantic Treaty Organisation (NATO) suspended its relations with Moscow and also halted joint military manoeuvres, however the suspension did not last very long. Despite a request from Condoleezza RICE, United States (US) Secretary of State, that the NATO member states should not return to the business as usual, NATO Ministers of Foreign Affairs moved to resume talks with Russia, although as Jaap de HOOP SCHEFFER, NATO Secretary-General, said *'Allies agreed on what I would qualify as a conditional and graduated re-engagement with Russia'*. He added that the decision did not condone the Russian *'use of disproportional force'* in August or its occupation of Georgian territory.<sup>3</sup> The position of Moscow versus NATO over the issue of Georgia is fairly clear: *'The NATO countries need our co-operation on several issues varying from terrorism to delivery of supplies to Afghanistan. They will also turn around sooner rather than later and there will be a return to 'business as usual'*.<sup>4</sup> The US, on the other hand, is situated far away from the region and is currently in the process of presidential transition. In addition President-elect Barack OBAMA's foreign policy agenda with regard to Georgia is somewhere at the lower end of his priorities. As a result, the political vacuum left by leaders of the EU and the US suits the current Russian duo of President Dmitry MEDVEDEV and Prime Minister Vladimir PUTIN well. As long as this vacuum continues there is not much that the duo needs to worry about, including the latest initiative unveiled by the EU called Eastern Partnership, which envisages an upgrade of relations with Armenia, Azerbaijan, Belarus, Georgia, Moldova and Ukraine to the status of Association Agreements.<sup>5</sup>

Finally, the leadership of Turkey has not been and still is not in a position to flex its muscles, since it is heavily dependent on the Russian oil and gas deliveries. Prime Minister Recep Tayyip ERDOĞAN clearly articulated

Turkey's views, 'If the deliveries are disrupted we would be kept in the dark.' 'We cannot ignore this.'<sup>6</sup> Nonetheless, on August 13<sup>th</sup> 2008 in Moscow and on August 14<sup>th</sup> in Tbilisi Prime Minister ERDOĞAN made public his proposal for the establishment of a Caucasus

Stability and Cooperation Platform (CSCP).<sup>7</sup> Whether this initiative will contribute to the peace, stability and prosperity in the Caucasus is too early to say. On the other hand, it would be incorrect to dismiss this initiative out of hand.

---

### West-at-large Georgian Expectation

---

So, what can the West at large expect from Georgia in general?

1. A new surprise attack of the Georgian armed forces on South Ossetia and Abkhazia is unlikely because of the strong Russian military contingent based there as well as a new Russian military fortification erected in both regions. This tiny region may become the most fortified area in the world. In addition, the author has in mind a military contingent of about 7600 soldiers and not the peacekeeping troops that used to be stationed there before the outbreak of the Russian-Georgian conflict on August 7<sup>th</sup>. Finally, current Georgian armed forces, or rather what left of them and of their military arsenal, are not in a position to pose any serious threat to South Ossetia and Abkhazia. Although Russia may point the finger in the direction of Georgia and claim that the latter is trying and will continue to try to bring into its fold the lost territories, the reality is that Georgia is not yet in a position to undertake such a mission.
2. It is crystal clear that if in the future any Georgian government tries to regain the lost territories it will need to accumulate resources and fire power to mount a strong independent defence. Georgia should also be aware that neither the US nor the EU will come to its assistance and, in the worst case scenario, to its rescue. The August conflict reinforces the author's assertion. The consequences of such a military campaign may, however, outweigh the good will and financial assistance coming from the West at large. Thus, the government of Georgia will need to pursue a balanced policy of real economic improvement and military build up. It remains to be seen whether the Georgian government can maintain a delicate equilibrium. Promises alone coming out of Tbilisi will no longer satisfy the EU member states.
3. Despite the author's clear warning of military build up, the current and likely future government of Georgia is, none-

theless, going to build a new military from scratch with training provided by NATO and financial assistance coming from the US or both. The new military will incorporate a strong Georgian contingent of about 2000 servicemen who were stationed in Iraq before the August conflict. It is of utmost importance for the Georgian military to bridge the gap between a US-trained group of comparatively well-paid professional servicemen and a much larger, poorly trained conscript force plagued by low morale and inadequate pay. One can foresee that Georgian intelligence services, which hopefully have learned lessons from the August conflict, will prepare feasible scenarios of all the options available. The notion that there was 'little possibility of open military Russian aggression against Georgia' and defining 'the probability of direct aggression' against Georgia as 'relatively low'<sup>8</sup> was wrong from the start and cost the Georgian military dearly.

4. In the meantime the government of Georgia may pursue a two-pronged policy. It may remain as patient as possible and wait for the appropriate time to bring the lost territories back into the fold. Or, alternatively, it may give up claims on the lost territories. The first scenario resembles the scenario of the contained conflict (very often called the frozen conflict) between Armenia and Azerbaijan over Nagorno-Karabakh. That conflict has been and still is extensively discussed in the open press. So far, the conflict has not been resolved and, as a result, the then defeated government of Azerbaijan decided to pursue a prudent policy of wait and see what will happen. At the same time Azerbaijan continued to rebuild its military and, thus to be prepared, for any possibility.
5. As for the second scenario, it can be said that, if the governments of South Ossetia and Abkhazia believe that being part of Russia is a better deal than being part of Georgia, then the Georgian government should say 'Let them be part of Russia'. Perhaps one day leaders of both

autonomous regions will ask to return to the fold of Georgia. The critics will say ‘*This is not going to happen in our life time*’ and ‘*There is more than enough bad blood spilled between Georgia and the autonomous regions*’. The current government of President Mikhail SAAKASHVILI may not be so blunt and straightforward as the author suggests, however, it may pursue such a policy despite repeated statements related to the territorial integrity of Georgia mentioned above. After all, Russia is not going to deliver the lost territories to the government of Georgia on a plate, despite Georgian insistence that the territories form an integral part of Georgia. In addition, neither the EU nor the US have leverage over or can induce Russia to give up the lost territories. Thus, the Russian military will remain in South Ossetia and Abkhazia as long as it wants<sup>9</sup> and will not be budged by the international community. In a way this resembles the Tsarist Russia policy in the Caucasus in the 19<sup>th</sup> century, namely remaining in the Caucasus for an unlimited period of time. Whether the financial cost of this policy will outweigh the political benefits for Russia remains to be seen.

6. As long as the EU is unwilling to recognise the annexation of South Ossetia and Abkhazia by Russia, the model of the divided Cyprus highlighted by Stacy CLOSSON and Uwe HALBACH in their article<sup>10</sup> characterises the state of affairs in the North Caucasus. This is the third option. If, however, the EU, for whatever reasons, decides to recognise the annexation of both regions at any time in the future the case of the divided Cyprus will no longer apply to it. The government of Russia remains as patient as possible and is willing to wait as long as it takes for the EU to acquiesce to the recognition of annexation of both regions by Russia. From Moscow’s point of view, it is a formality but a very important one. It will set a precedent for drawing new maps of territorial realities. Russia has no need to legitimise its position in South Ossetia and Abkhazia since the governments of both regions welcomed assistance from Moscow and thus provided legitimacy for Russia’s presence. Russia is also counting on several factors: time is important because human memory is short and what happened in August 2008 will probably be forgotten in about four to five years. Russia will continue to maintain and improve its image of Saviour of the oppressed and abused minorities in South Ossetia and Abkhazia. In the meantime, Russia will maintain

cordial relations with the EU and, at the same time, will continue to hinder any attempts by Georgia to join NATO under whatever guise. The latter policy, however, depends on the will of the NATO member states to bring Georgia into NATO. This issue is discussed in details below.

Interestingly enough, Stanislav LAKOBA, Secretary of the Security Council of Abkhazia, in an interview with NVO (*Nezavisimoye Voennoye Obozreniye*) noted with confidence that Abkhazia’s independence will be recognised by other states. (He, however, *didn’t cite these states*, author’s italics). But he based his assertion on two facts: Russia ‘*Is a mighty state*’ (*compared with* for instance, *Turkey* situated in the same region, author’s italics) and Russia ‘*Has great opportunities*’<sup>11</sup> to influence other states such as the EU among others. Thus, the time factor and the annexation of Abkhazia by Russia will, according to LAKOBA, be of benefit to Abkhazia in the short- and medium term. As for the longer term, it remains to be seen. On the other hand, Georgia may need to reconcile itself with the fact that Abkhazia at least, is not going to return to the fold of Georgia in the coming years. As for the South Ossetia, this might be a different story, however, much also depends on the Russian push to integrate North Ossetia with South Ossetia and a long-term commitment by Russia to provide economic assistance to South Ossetia. We should carefully monitor the issue of Russian economic assistance to both regions because the issue of the regions’ domestic economy may become the breaking point in the relations between South Ossetia and Abkhazia and Russia.

7. There is, however, a fourth option that should be mentioned, namely the option of consolidating Georgia in the distant future but excluding its membership to NATO. This option, however, is likely to be rejected by the current and future governments of Georgia because NATO membership lies at the corner stone of Georgian foreign policy. In addition, this so-called policy of stick-and-carrot will be perceived in Georgia as a Russian ploy to bring Georgia into the Russian sphere of influence. Much also depends on the actions of the EU and the US and not just their rhetorical stand. The government of Georgia should listen carefully to what the EU and the US have to say about the potential incorporation of Georgia and do what should be done under the circumstances.

---

## NATO deeds and Georgia

---

And what is NATO likely to do about Georgia?

8. There is willingness on behalf of NATO countries to bring Georgia closer to the Alliance by, for instance, establishing the facilities of Georgia's air situation data exchange (ASDE) site, which was connected on August 28<sup>th</sup> to NATO's radar-based air-picture network via a link to an allied base in adjacent Turkey.<sup>12</sup> As for the establishment of the NATO-Georgian Commission, Jaap de HOOP SCHEFFER said in press conference on August 19<sup>th</sup> 2008 that NATO Foreign Ministers had decided on that day that 'We will establish, and we will, of course, discuss this with our Georgian friends and partners, a NATO-Georgia Commission, as you have seen in this statement, which can be seen as the same kind of consultation mechanism we have with our other partner Ukraine'.<sup>13</sup> SCHEFFER's statement does not mean, however, that the Georgian President Mikhail SAAKASHVILI was given the Membership Action Plan (MAP) during a meeting of NATO Ministers of Foreign Affairs on December 2<sup>nd</sup> and 3<sup>rd</sup> 2008. However, President Saakashvili was given a reassurance from NATO that membership

of Georgia to NATO remains on the agenda and Georgia will eventually join NATO.<sup>14</sup> In addition to the reassurance given to Georgia, NATO Ministers of Foreign Affairs agreed that the NATO information and liaison office will be reinforced. An Annual National Programme will also be developed allowing for annual reviews by the Allies.<sup>15</sup> It will be interesting to see what this Annual National Programme entails. In terms of a win-lose situation, Andrei ZAGORSKI, senior researcher with the Moscow-based Research Centre for Peace and War of the State Institute of International Affairs (known as MGIMO), stated clearly that both Ukraine and Georgia achieved strategic win. 'If both countries wanted to get MAP, then they lost, however, if both countries wanted to advance their case, then they won'. By completing NATO's set of requirements, both countries will be given MAP and then, shortly after, join the Alliance.<sup>16</sup> It appears that in the case of Georgia the NATO track should be pursued more vigorously than the EU track. Although Georgian foreign policy takes into consideration potential membership of the EU, it may take longer to accomplish and the outcome of that mission remains uncertain, to say the least.

---

## Ways and means of solving the conflict

---

Finally, what are the ways and means of solving this conflict?

9. Following the above presentation, the scenarios, or rather the options, for solving the Russian-Georgian conflict appear to be very limited and/or the chances of success are very slim. The current situation means that the chances of success for the EU's Monitoring Mission (EUMM) in the region are also very slim. Although EUMM comprises 200 observers and has a mandate for twelve months, its mandate is as ambiguous as possible. Shalva PICHKHADZE, Georgian political analyst, noted that '*If anything, no one has ever seen a description of the mandate or a map delineating the geographical borders of [the observers] zone of presence*'. Georgian experts suspect Russia of trying to manipulate the EU mission to suit its own interests.<sup>17</sup> As recently as November 23<sup>rd</sup> it was reported that the monitors were being denied access to South Ossetia and Abkhazia<sup>18</sup> and, simultaneously, Moscow is trying its best to bring monitors that are

currently uncontrolled by Moscow under its control – although Russian officials would disagree with this statement. As long as the monitors are denied access they cannot conduct their mission properly. It is evident that the governments in both regions are not interested to assist the EUMM, although their officials would claim the opposite. Therefore, the EU's intention of increasing the number of monitors will not solve the problems on the ground because EUMM is constrained by the non-cooperation of the governments of South Ossetia and Abkhazia. Perhaps the mandate of the EUMM should be revised, but that again could be thwarted by the unwillingness of Moscow for compromise. It should also be emphasised that monitors cannot stop the random shooting that occur on both sides of the divide. There is also no real mechanism in place to stop the shootings because both sides of the conflict are not interested in being constrained by the mediating or, rather, meddling 'force'. Therefore, random or sporadic shootings

are likely to continue. As long as the sporadic shooting does not turn into a violent skirmish, it can be tolerated but certainly not controlled.

In parallel with the EUMM, international talks on security in the Caucasus following the August conflict began in Geneva on October 15<sup>th</sup>. The first round of negotiations was suspended after Georgia refused to attend meetings involving Abkhazia and South Ossetia. The negotiations also involve Russia and the US and are chaired by representatives of the EU, the United Nations, and the Organisation for Security and Co-operation in Europe (OSCE). Russian Minister of Foreign Affairs Sergei LAVROV said that the discussions in Geneva should be 'focused on ensuring security' in the region.<sup>19</sup> The second round took place on August 19<sup>th</sup> and involved, for the first time, representatives of South

Ossetia and Georgia. Shota UTIASHVILI, a Georgian MoFA official, noted that talks on the Georgian refugees' return to the disputed areas and the establishment of the presence of international monitors in Abkhazia and South Ossetia – which the republics have opposed – will be a lengthy process. The third round of talks was scheduled for December 17<sup>th</sup> and 18<sup>th</sup>.<sup>20</sup>

In other words, there is no guarantee for any success for the post-conflict situation because of the lack of confidence building measures (CBM), and mistrust of the parties involved. Russia and its non-EU recognised entities of South Ossetia and Abkhazia, on the one hand, and Georgia on the other, have a fairly good understanding that the Geneva talks are likely to drag on for a long time and the outcome of these talks remains uncertain.

## Notes

- 1 For further information, see "Georgia: The risks of winter" in *International Crisis Group* (ICG), Europe Briefing 51 (26 November 2008) online [http://www.crisisgroup.org/library/documents/europe/caucasus/b51\\_georgia\\_the\\_risks\\_of\\_winter.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/europe/caucasus/b51_georgia_the_risks_of_winter.pdf); p. 1 and p. 15. For the whole report, see pp. 1-18, hereafter cited as "Georgia: The risks of winter". For an earlier report related to the Georgian economic challenges see Molly Corso, "Georgia: Despite foreign aid, at risk for recession?" in <http://www.eurasianet.org/departments/insightb/articles/eav102208.shtml> - online on 22 October 2008.
- 2 See, for instance, <http://www.vesti.ru/doc.html?id=229196&cid=5> – online on 2 December 2008. For an earlier report regarding the EU's return to the position 'business as usual', see Lilli Di Pippo, "The European Union: Back to 'business as usual' with Russia?" in <http://www.eurasianet.org/departments/insightb/articles/eav112608a.shtml> - online on 26 November 2008. For a later report, see [http://www.ng.ru/courier/2008-12-08/9\\_isolation.html#pril](http://www.ng.ru/courier/2008-12-08/9_isolation.html#pril).
- 3 See for instance, <http://www.guardian.co.uk/world/2008/dec/03/nato-us-georgia-ukraine> and <http://www.iht.com/articles/2008/12/03/news/03nato.php>. For a clear statement issued by the NATO Ministers of Foreign Affairs in full support for the territorial integrity and the sovereignty of Georgia, see <http://www.nato.int/docu/speech/2008/s080819c.html>. For a clear statement emphasising that no business as usual has gone on in the NATO-Russia Council (NRC), see <http://www.nato.int/docu/update/2008/12-december/e1203b.html> - online on 3 December 2008.
- 4 For the official reaction from Moscow and the statement of Dmitry Rogozin, Russian envoy to NATO, that despite American moves initiated by Condoleezza Rice, she failed to organise the necessary support not to return to 'business as usual' with Moscow, see <http://www.vesti.ru/doc.html?id=229520&cid=1> – online on 3 December 2008. Interestingly enough, the Russian daily Kommersant online noted that the Russian Ministry of Foreign Affairs (MoFA) has reservations with regard to relations between NATO and Russia. Furthermore, the Russian MoFA notes that relations between NATO and Russia will not be developed along the same lines as before the Russian-Georgian conflict in August. <http://www.kommersant.ru/doc.aspx?DocsID=1088375> – online on 3 December 2008. Kommersant has not elaborated MoFA's statement further.
- 5 For more information on the Partnership, see [http://www.kas.de/proj/home/events/9/1/year-2008/months-9/veranstaltung\\_id-33293/i](http://www.kas.de/proj/home/events/9/1/year-2008/months-9/veranstaltung_id-33293/i) - online on 17 September 2008 and <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1858&format=HTML> – online on 3 December 2008.
- 6 For a complete article, see Turkish Daily News, 1 September 2008.

- 7 For a complete article and the scope and content of the CSCP, see <http://www.todayszaman.com/tz-web/detaylor.do?load=detay&link=150578> – online on 19 August 2008. See also Igor Torbakov, “The Georgia crisis and Russia-Turkey relations” in The Jamestown Foundation (26 November 2008) online [http://www.jamestown.org/uploads/media/Torbakov\\_Russia\\_Turkey.pdf](http://www.jamestown.org/uploads/media/Torbakov_Russia_Turkey.pdf); p. 22.
- 8 Jane’s Defence Weekly, 20 August 2008, p. 23. See also Renaud Francois, “Georgia: Assessment of a disastrous military adventure” in European Strategic Intelligence and Security Center (ESISC), Background Note (24 September 2008), p. 5.
- 9 For support of the author’s assertion, see “Baiting the bear: Georgia plays the Russian roulette” in Jane’s Intelligence Review (September 2008), pp. 14-15. Hereafter, see “Baiting the bear”. See also Laure Delcour, “Trial of strength: Georgia’s challenge to EU foreign policy” in Jane’s Intelligence Review (November 2008), p. 27. Hereafter cited as Laure Delcour, “Trial of strength”.
- 11 „Die Georgien-Krise in ihrer kaukasischen Dimension” in SWP-Aktuell (Oktober 2008), p. 3.
- 12 [http://nvo.ng.ru/wars/2008-10-31/1\\_zakavkaz.html](http://nvo.ng.ru/wars/2008-10-31/1_zakavkaz.html).
- 13 Jane’s Defence Weekly, 17 September 2008, p. 6.
- 14 For a complete text of press conference, see <http://www.nato.int/docu/speech/2008/s080819c.html>. For an earlier report, see Jane’s Defence Weekly, 17 September 2008, p. 6. According to Jamie Shea, NATO’s policy director, recently Georgia and NATO established an Individual Partnership Action Plan on military transformation and co-operative arrangements in cyber defence. <http://www.defensenews.com/story.php?i=3844284%0c=EUR&s=TOP> – online on 1 December 2008.
- 15 “Baiting the bear”; p. 10. See also <http://www.iht.com/articles/2008/12/03/news/03nato.php>. For a clear statement that NATO member states have not changed their objective, namely bringing Georgia and Ukraine into the alliance and that Alliance remains united in its opinion that Moscow should not have power of veto in that decision, see [http://www.ng.ru/courier/2008-12-08/9\\_isolation.html#mpril](http://www.ng.ru/courier/2008-12-08/9_isolation.html#mpril).
- 16 <http://www.nato.int/docu/update/2008/12-december/e1203b.html> - online on 3 December 2008.
- 17 [http://www.gazeta.ru/politics/2008/12/03\\_a\\_2903056.shtml](http://www.gazeta.ru/politics/2008/12/03_a_2903056.shtml). Interestingly enough, Andrei Serenko, expert with the Fund for Development of the Information Policy, noted that despite Moscow’s objection to Georgia joining NATO, de facto Georgia’s relations with the Alliance are already in place and the Georgian [political and military] elite are already members of NATO. For a complete article, see <http://www.kommersant.ru/doc.aspx?DocsID=1087312&NodesID=5> – online on 2 December 2008.
- 18 For a complete article, see [http://www.iwpr.net/?p=crs&s=f&o=346975&ape\\_state=henh](http://www.iwpr.net/?p=crs&s=f&o=346975&ape_state=henh) – online on 2 October 2008.
- 19 “Georgia: The risks of winter”; p. 1. For confirmation that Abkhazia and South Ossetia have refused to allow EU monitors on to their territory, see <http://en.rian.ru/world/20081118/118366676.html>. In the recent issue of International Herald Tribune was noted that the mission is still denied access to South Ossetia (<http://www.iht.com/articles/reuters/2008/12/12/europe/OUKWD-UK-GEORGIA-OS>), however, whether access was also denied to Abkhazia was not mentioned. In addition as Laure Delcour emphasised in her article, the EUMM does not significantly differ from the bulk of other European Security and Defence Policy (ESDP) missions and does not bring any added value with respect to the content of operations (author’s italics). “Trial of strength”; p. 29.
- 20 <http://en.rian.ru/world/20081118/118366676.html>.
- 21 <http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=11065>.

## Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe – bisher erschienen

HEFT 1 (1981)

**Albert Kadan:** Parteifinanzierung in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland

**Erich Reiter:** Vorschläge zur Neuregelung der Parteifinanzierung in Österreich  
(vergriffen)

HEFT 2 (1982)

**Wilhelm Brauner:** Staatsausgaben  
(vergriffen)

HEFT 3 (1984)

**Erich Reiter:** Reform des Bundesrates  
(vergriffen)

HEFT 4 (1984)

**Eva Steindl:** Die Fremdenverkehrsgesetze der Bundesländer  
(vergriffen)

HEFT 5 (1985)

**Erich Reiter** (Hg.): Die friedenserhaltenden Operationen im Rahmen der Vereinten Nationen. Der Beitrag der neutralen Staaten Europas  
(vergriffen)

HEFT 6 (1985)

**Heinz Vetschera:** Die Rüstungsbeschränkung des österreichischen Staatsvertrages aus rechtlicher, politischer und militärischer Sicht  
(vergriffen)

HEFT 7 (1986)

**Lothar Höbelt:** Die Bundespräsidentenwahlen in der Ersten und Zweiten Republik  
(vergriffen)

HEFT 8 (1986)

**Helmut Berger:** Verfahrensökonomie zum Verfahren 1. Instanz nach AVG und BAO  
(vergriffen)

HEFT 9 (1986)

**Anton Pelinka:** Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der SPÖ  
**Manfried Welan:** Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der ÖVP  
**Erich Reiter:** Fortschritts- und Wachstumsverständnis in Ideologie und Programmatik der FPÖ  
(vergriffen)

HEFT 10 (1987)

**Ulrike Leopold-Wildburger:** Ökonomie und Ökologie im Test der Meinungen  
(vergriffen)

HEFT 11 (1987)

**Heinrich Schneider:** Akzeptanzprobleme der österreichischen Landesverteidigung  
(vergriffen)

HEFT 12 (1988)

**Ulrike Leopold-Wildburger:** Österreich am Weg nach Europa. Modelle – Stichproben – Methoden. Eine arbeitsökonomische Studie zum Meinungsbild der Österreicher

HEFT 13 (2006)

**DIE ZUKUNFT EUROPAS**

**Franco Algeri:** Zustand und Entwicklungsszenarien der EU im Lichte der Krise

**Peter Schmidt:** Die weltpolitischen Herausforderungen für die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

**Herbert Scheibner:** Friedensprojekt „EUropa“ vor neuen Herausforderungen

**Erich Reiter:** Die Aufnahme der Türkei – eine sicherheitspolitische Überdehnung?

HEFT 14 (2006)

**Waldemar Hummer:** Zum weiteren Schicksal des Vertrages über eine Verfassung für Europa

HEFT 15 (2006)

**STEUERPOLITIK**

**Ernst Gehmacher:** Im Zyklus gefangen zwischen Wachstum und Krise

**Erich E. Streissler:** Steuerpolitik und Umverteilung  
**Oliver Ginhör:** Steuergerechtigkeit aus Sicht der Steuerzahler

**Herbert Scheibner:** Überlegungen zur Steuerpolitik

HEFT 16 (2006)

**KAMPF DER KULTUREN?  
EUROPA UND DER ISLAM**

**Elsayed Elshahed:** Zwischen Menschenrechten und Menschenwürde. Einige Gedanken zur Rezeptionsproblematik der Meinungsfreiheit

**Hans Winkler:** Toleranz ist keine Einbahnstraße

**Herbert Scheibner:** Ist ein „Kampf der Kulturen“ vermeidbar?

**Erich Reiter:** Integration und/oder Kulturkampf

**KINDER UND GEWALT: OPFER UND TÄTER**

**Herbert Scheibner:** Kinder und Gewalt: Opfer und Täter

**Katharina Beclin:** Erfordert die Entwicklung der Kriminalität Unmündiger neue Antworten?

**Karin Gastinger:** Ein politisches Statement zum Thema Kinder und Gewalt

**Gabriele Zierung:** Kinder und Gewalt: Opfer und Täter

**Astrid v. Friesen:** Kinder und Gewalt. Opfer und Täter

HEFT 17 (2006)

**BEGLEITHEFT ZUR AUSSTELUNG  
LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH**

**Manfried Welan:** Unwissenheit als Grund von Freiheit und Toleranz. Drei Weisungen aus dem alten Österreich: Friedrich August von Hayek, Karl Raimund Popper, Hans Kelsen

**Lothar Höbelt:** Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich

**Walter M. Iber, Erich Reiter:** Die Soziale Marktwirtschaft als Ausdruck wirtschaftsliberalen Denkens. Programmatische Positionen der politischen Parteien seit 1945

**Alfred Gerstl:** Der verspätete Liberalismus im Österreich nach 1945. Politische, gesellschaftliche und „liberale“ Ursachen

**Walter M. Iber:** Der „Raab-Kamitz-Kurs“: Liberale Wirtschaftspolitik?

**Friedhelm Frischenschlager, Erich Reiter:** Teilweise überarbeitete Auszüge aus: Liberalismus in Europa

HEFT 26 (2008)

**Schwerpunkt:**

**ASIEN UND DIE AUßENPOLITIK DER EU**

**Urs Schoettli:** Chinas Rückkehr auf die Weltbühne

**Gustav C. Gressel:** „Brothers in Evil“ oder „Apfel und Birne“: Übersicht über die Menschenrechtsverletzungen, Demokratie- und Rechtsstaatsdefizite in der Volksrepublik China und Burma

**Franco Algieri:** Die Zentralasienpolitik der Europäischen Union: Interessen und Konflikte

**Eugene Kogan:** Die Beziehungen *Israels* zur *NATO*

HEFT 27 (2008)

**Schwerpunkt:**

**GEORGIENKONFLIKT**

**Gustav C. Gressel:** Der Krieg im Kaukasus vom 07.08.2008 bis 14.08.2008

**Aschot Manutscharjan:** Georgien suchte Krieg mit Russland

**Eugene Kogan:** The Russian-Georgian Conflict: An Assessment

**Peter Schmidt:** Der Georgische Knoten – Mögliche Beiträge der EU zur Beilegung des Konflikts

**Gerhard Will:** Permanenter Ausnahmezustand

**Birmas** leidvoller Weg ins 21. Jahrhundert

**Gudrun Harrer:** Zur Rolle von Stammesstrukturen in Konfliktlagen: Das Beispiel *Irak* und die US-amerikanische „Using the Sheikhs“-Politik

## Bücher

---

Johann Frank

**Perspektiven der europäischen militärischen Integration**

– Entwicklungsszenarien und Konsequenzen für Österreich –

Verlag: Ing. Harald Kurz    95 Seiten    ISBN 978-3-9501854-9-2

## Schriftenreihe zur internationalen Politik

Band 1

Erich Reiter (Hg.)

**Die Sezessionskonflikte in Georgien**

mit Beiträgen von:

Klaus Becher - Gustav C. Gressel - Egbert Jahn - Jörg Himmelreich

Iris Kempe - Eugene Kogan - Aschot Manutscharjan - Jürgen Schmidt

Peter Schmidt - Peter W. Schulze - Andrei Zagorski

Verlag: böhlau    330 Seiten    ISBN 978-3-205-78325-1

# Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe

## Reihe Studien

---

<b>Klaus Becher</b>	Die USA als Faktor des Konfliktmanagements in Georgien	September 2007
<b>Erich Reiter</b>	Die Einstellung der Österreicher zu der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zur EU; Bewertung der Ergebnisse einer IMAS-Umfrage vom April 2007 und anderer Erhebungen	Oktober 2007
<b>Peter W. Schulze</b>	Energiesicherheit – ein Europäischer Traum. Russland als Energiemacht	Oktober 2007
<b>Heinz Gärtner</b>	Die Zukunft der Rüstungskontrolle	November 2007
<b>Klaus Becher</b>	Ziel und Zweck der US-Raketenabwehr und die europäische Interessenslage	Dezember 2007
<b>Andrei Zagorski</b>	Die Kontroverse über amerikanische Raketenabwehr in Europa: Lösungsversuche in der Sackgasse?	Dezember 2007
<b>Egbert Jahn</b>	Optionen für die Politik der EU gegenüber Georgien und den De-facto-Staaten Abchasien und Südossetien	Dezember 2007
<b>Erich Reiter</b>	Die Einstellung der Österreicher zu Kernenergie, Klimawandel und Genforschung - Auswertung u. Kommentierung der Ergebnisse einer Meinungsumfrage	Jänner 2008
<b>Erich Reiter</b>	Meinungsfreiheit Details einer Studie über „Meinungsfreiheit in Österreich“	Februar 2008
<b>Peter W. Schulze</b>	Zieloptionen russischer GUS-Politik: Geopolitische Neuordnung des Sicherheits- und Kooperationsraumes oder vernachlässigte Konfliktzone?	März 2008
<b>Oliver Ginhör</b> <b>Martin Haselberger</b> <b>Sandra Schreiblehner</b>	Die steuerliche Entlastung des Mittelstandes zwecks besserer Vorsorgemöglichkeiten	März 2008
<b>Stefan Pickl</b>	Investitionsverhalten in internationalen Emissionshandelssystemen Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls	Mai 2008
<b>Eugene Kogan</b>	Sicherheitspolitik im Nahen Osten Israels Lehren aus dem Libanonkrieg – Russlands Rolle im Nahen Osten	Juni 2008
<b>Urs Schöttli</b>	China: Was hat sich seit 1976 ereignet?	August 2008
<b>Hannes Adomeit</b> <b>Peter W. Schulze</b> <b>Andrei Zagorski</b>	Russland, die EU und „Zwischeneuropa“ Drei Studien	Oktober 2008
<b>Eugene Kogan</b>	Military and Energy – Security Situation Around the Black Sea Area	November 2008
<b>Gudrun Harrer</b>	Souveränität und Nachkriegszeit: Der Irak nach dem Abschluss des Status of Forces Agreement mit den USA	Jänner 2009
<b>Uwe Halbach</b> <b>Peter W. Schulze</b> <b>Andrei Zagorski</b> <b>Eugene Kogan</b>	Machtpoker am Kaukasus Nachlese zum „Fünf-Tage-Krieg“ in Georgien im Sommer 2008 Vier Studien	Februar 2009

# Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe

## Reihe Studien

---

<b>Klaus Becher</b>	Die USA als Faktor des Konfliktmanagements in Georgien	September 2007
<b>Erich Reiter</b>	Die Einstellung der Österreicher zu der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zur EU; Bewertung der Ergebnisse einer IMAS-Umfrage vom April 2007 und anderer Erhebungen	Oktober 2007
<b>Peter W. Schulze</b>	Energiesicherheit – ein Europäischer Traum. Russland als Energiemacht	Oktober 2007
<b>Heinz Gärtner</b>	Die Zukunft der Rüstungskontrolle	November 2007
<b>Klaus Becher</b>	Ziel und Zweck der US-Raketenabwehr und die europäische Interessenslage	Dezember 2007
<b>Andrei Zagorski</b>	Die Kontroverse über amerikanische Raketenabwehr in Europa: Lösungsversuche in der Sackgasse?	Dezember 2007
<b>Egbert Jahn</b>	Optionen für die Politik der EU gegenüber Georgien und den De-facto-Staaten Abchasien und Südossetien	Dezember 2007
<b>Erich Reiter</b>	Die Einstellung der Österreicher zu Kernenergie, Klimawandel und Genforschung - Auswertung u. Kommentierung der Ergebnisse einer Meinungsumfrage	Jänner 2008
<b>Erich Reiter</b>	Meinungsfreiheit Details einer Studie über „Meinungsfreiheit in Österreich“	Februar 2008
<b>Peter W. Schulze</b>	Zieloptionen russischer GUS-Politik: Geopolitische Neuordnung des Sicherheits- und Kooperationsraumes oder vernachlässigte Konfliktzone?	März 2008
<b>Oliver Ginhör</b> <b>Martin Haselberger</b> <b>Sandra Schreiblehner</b>	Die steuerliche Entlastung des Mittelstandes zwecks besserer Vorsorgemöglichkeiten	März 2008
<b>Stefan Pickl</b>	Investitionsverhalten in internationalen Emissionshandelssystemen Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls	Mai 2008
<b>Eugene Kogan</b>	Sicherheitspolitik im Nahen Osten – Israels Lehren aus dem Libanonkrieg – Russlands Rolle im Nahen Osten	Juni 2008
<b>Urs Schöttli</b>	China: Was hat sich seit 1976 ereignet?	August 2008
<b>Hannes Adomeit</b> <b>Peter W. Schulze</b> <b>Andrei Zagorski</b>	Russland, die EU und „Zwischeneuropa“ Drei Studien	Oktober 2008
<b>Eugene Kogan</b>	Military and Energy – Security Situation Around the Black Sea Area	November 2008
<b>Gudrun Harrer</b>	Souveränität und Nachkriegszeit - Der Irak nach Abschluss des Status of Forces Agreement mit den USA	Jänner 2009